

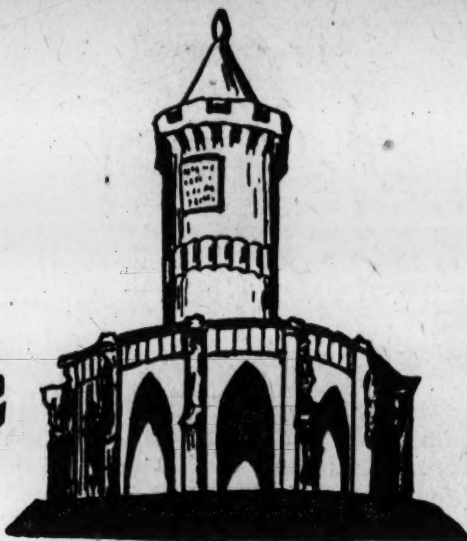
Nummer 16

1. Jahrgang

Berlin

1. September 1920

Saar-Freund



Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Erscheint zunächst monatlich zweimal (Sonnabends). Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saarverein, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94.

Bezugspreis vierteljährlich Mf. 2.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 0,40 einschl. ortsüblichen Teuerungszuschlages.

Laßt Trauerfahnen wehen!

Selbst in der deutschen Presse wird es manchmal so hingestellt, als ob die Beamenschaft im Saargebiet die jüngsten Vorgänge heraufbeschworen hätte, um der Regierungskommission des Völkerbundes im Saargebiet Steine in den Weg zu legen, ihre Arbeit zu sabotieren. Ja es wird in Meldungen, offenbar französischen Ursprungs, angedeutet, als habe sich die Beamenschaft nur deshalb nicht dem Willen der Regierungskommission gefügt, weil die preußische Regierung ihr den Rücken gesteißt hätte.

Das eine wie das andere ist tendenziöse Unwahrheit, erfunden und verbreitet in der wohlüberlegten Absicht, die Regierungskommission, die sich von gewissen Drahtziehern der französischen Propaganda im Saargebiet zu einem bösen Spiel hat verleiten lassen, von allem Verdachte reinzuwaschen. Die Bevölkerung hat sich mit den Tatsachen des Friedensvertrags abgefunden. Sie verlangt nichts als eine loyale Einhaltung der Bestimmungen und Unterlassen alles dessen, was geeignet ist, die Abstimmung in 15 Jahren zu verfälschen, durch unzulässige Machenschaften einer dem Volk an der Saar fremden Behörde. Aber die französischen Propagandisten, die schon auf der Pariser Konferenz die Annexion des Gebietes betrieben, und mit der Lüge von den 150 000 Franzosen im Saargebiet entgegen der Einsicht Wilsons und Lloyd Georges wenigstens den augenblicklichen Zustand im Saargebiet erreichten, ruhen nicht. Gerechtfame hat ihnen der Friedensvertrag entgegen allem Naturrecht gegeben. Mit ihrer Hilfe suchen sie, ihr Ziel zu erreichen, die Annexion. Dazu dachten sie sich ein System aus, grau-samer, wie man es kaum denken kann.

Sie wollen das Gebiet nicht zur Ruhe kommen lassen. Sie wollen eine Lage dort schaffen, die ihnen Gelegenheit gibt, jedes deutsche Recht im Saargebiet, jedes Recht der deutschen Regierung und der reindeutschen Bevölkerung, vollends zu brechen. Wiederholt wurde von uns darauf hingewiesen, nach welchem System diese Franzosen — wir wissen wohl, daß es nur eine bestimmte Klasse der Franzosen ist — ihrem Ziele zusteuern: Beunruhigung der Bevölkerung zuerst durch fortdauernde ungerechte Auslegung und Anwendung der Vertragsbestimmungen; das verzweifelte Volk dann aufpeitschen, es zu Unbesonnenheiten reizen, um Gründe zu haben für den Belagerungszustand, und diesen Ausnahmezustand benutzen, um einen Schritt weiterzukommen in der Französisierung des Gebietes. Und wir nannten den Mann, der der Träger dieser Politik Frankreichs ist: den Major Richert. Den Berater der früheren Militärverwalter Andlauer und Wirbel. Der von sich sagen konnte: „Generale kommen und gehen, Richert aber bleibt.“

Der auch blieb, als die Regierungskommission des Völkerbundes ins Saargebiet einzog. Obwohl kein Platz für ihn, den Militär, mehr im Saargebiet war. Von dem man heute noch nicht recht weiß, welche Funktionen er eigentlich bei den französischen Behörden auszuüben hat. Von dem man nur weiß, daß er die Seele jeder französischen Propaganda ist; der politischen Propaganda sowohl, wie der Propaganda durch Presse und Broschüren, die Millionen verschlingt. Denen gegenüber die vorgesehenen 5½ Millionen der deutschen Abwehr ein verlorener Groschen bedeuten. Richert, auf dessen Konto all das maßlose Elend zu buchen ist, das über das Volk an der Saar gekommen ist. Der alles unterstützt, was die Bevölkerung unter sich verheßt, weil diese Verheßung seinen Zwecken dient. Richert, der das einzige Hindernis ist für den deutschen und französischen Frieden im Saargebiet. Ohne den schon längst das einzig mögliche Verhältnis zwischen den naturgegebenen Rechten der Bevölkerung und den Interessen Frankreichs, die diesem nun einmal für die nächsten 15 Jahre im Saargebiet durch die Versailler Bestimmungen gegeben wurden, geschaffen wäre. Richert, der sich als Militär nicht auf den Standpunkt des Rechtes stellen will, das durch Verträge geschaffen wurde, sondern die Gewaltpolitik weiter treiben will, ohne Rücksicht auf ein wehrloses Volk, ohne Rücksicht auf das Ansehen der französischen Nation selbst, der es nimmermehr zur Ehre gereichen wird, einen solchen Quäler des Saarpvolks, das nichts als Ruhe und Recht ersehnt, geduldet zu haben. Alles was gut und rechtlich in Frankreich ist, alles was den wahren Frieden wünscht, wissen wir eins mit uns. Wenn dieses Frankreich nur von der lichtscheuen Existenz dieses Mannes etwas wüßte. Warum ist es Richertpeinlich, sich genannt zu sehen, im Guten wie im Bösen? Wenn sein Wirken offen und ehrlich ist, so möge er aus dem Dunkel heraustreten und bekennen, was er tut.

So gehört er auch mit zu dem Kreise jener, die neben der Regierungskommission in Wirklichkeit die Verhältnisse im Saargebiet schaffen. Traurige Verhältnisse. Verhältnisse, die nur mit Schauern uns an jene denken lassen, die dieses Elend wehrlos ertragen müssen. Die stumm bleiben müssen, um nicht neben ihrer politischen Freiheit auch noch die persönliche zu verlieren, dazu Haus und Heim und Existenz. Wie das so vielen geschehen ist.

Diese dunklen Treiber waren denn auch kurz vor Ausbruch des Streiks in Wallerfangen, wo alle Pläne gegen das Saarpvolk ausgebrütet werden, versammelt. Unter ihnen Major Richert. Und es wurde der neue Schlag beschlossen, durch den man endgültig das Deutschtum zu erledigen hoffte. Es mußte ein Mittel zur Anwendung von Gewalt gefunden werden. Wie wir unten sehen werden, griff man zu dem Mittel, die Gegensätze zwischen der Saar-

regierung und der deutschen Beamtenschaft, die auf dem Wege einer loyalen Lösung waren, durch einen brüskten Vorstoß gegen die deutschen Beamten zu einer Explosion zu bringen, den Belagerungszustand zu erklären und unter seiner Gewalt das Werk zu vollenden. Spuren dieser hinterhältigen Absicht hinterließ der Gang der Ereignisse genug. Nur eine, die auch mit aller Sophisterei nicht wegzuleugnen ist, sei angeführt: die Plakate, durch die der Bevölkerung der Belagerungszustand mitgeteilt werden sollte, waren mit dem Datum des 4. August versehen, obwohl der Streik erst am 6. ausbrach. Aber am 3. August war die Frage des Beamtenrechts von der Regierungskommission plötzlich wieder aufgerollt worden. Warum diese Vorbereitung? Erwartete man den Streik? Wollte man ihn durch die Brüskierung der Beamten zum Ausbruch bringen?

Warum erwartete man die Notwendigkeit, den Belagerungszustand zu verhängen? Auch als der Streik selbst ausgebrochen war, schien nichts einen solchen Ausnahmezustand zu veranlassen, denn der Streik war ruhig und würdig, wie es bei den wohldisziplinierten Beamten nicht anders zu erwarten war. Brauchte man den Belagerungszustand? Wozu denn? Man brauchte ihn, um Deutsche, die nichts mit dem Streik zu tun hatten, ausweisen zu können. Zu einer rohen, ungesetzmäßigen Gewalttat brauchte man ihn. Nicht der Wille der legitimen Autorität im Saargebiet, der Regierungskommission des Völkerbunds, diktierte ihn: nur der Wille jener Clique von Militär und Gewaltpolitikern à la Richert brauchte ihn; Richert, der Dunkelmann, erschien im Regierungsgebäude, und sein Wille herrschte dort. Sein Geschäft hatte begonnen. Recht wurde zu Unrecht. Statt das Wohl der Bevölkerung zu wahren, ließ die Regierungskommission es zu, daß man Hunderte von Männern aus dem Saargebiet vertrieb; Männern, denen sie nichts zur Last legen konnte, denn sonst hätte sie ihnen schon vorher auf legalem Wege den Prozeß machen müssen. Sie ließ die Männer vertreiben, weil diese jenen Gestalten à la Richert unbequem waren. Keine Anklage wurde erhoben. Warum wurden diese Männer nicht ins Gefängnis geworfen, wenn ihnen Unrechtun vorgeworfen werden konnte? Kein gerechtdenkender Mensch hätte der Staatsautorität einen Vorwurf machen können. Warum kein Gerichtsverfahren? Sonst sucht doch die Staatsautorität einen Übeltäter festzuhalten, den sie strafen will. Aber es gab kein Recht. Gewalt nur mußte die unbequemen Männer von dannen treiben. Ihre Namen waren schon längst festgelegt auf der schwarzen Liste, die Eingeweihten kein Geheimnis war. Der Belagerungszustand mußte herhalten, um eine schon längst gehegte Absicht der Richert und Kompagnie zur Ausführung zu bringen: noch einmal das Saargebiet

von deutschen Männern zu reinigen, um Platz zu machen für Franzosen.

Was könnte diese Absicht besser illustrieren, als die neueste Pressepropaganda jener Dunkelmänner? Nachrichten, die nicht ganz den Tatsächlichkeiten entsprechen, tauchten rechts des Rheins auf und fanden Aufnahme in der deutschen Presse, da eine Nachprüfung bei dem Abschluß des Saargebiets infolge des Verkehrsstreiks nicht möglich war. Es waren nicht mehr falsche Nachrichten, als in solch aufgeregten Zeiten eines großen, umfassenden Streiks immer an der Tagesordnung sind. Auch unwesentlichen Inhalts bei der Fülle von Nachrichten, die das ganze Elend der Saarbevölkerung erkennen ließen. Und doch setzte sofort eine wahre Dementierung gegen diese kleinen Schnitzer ein. Immer wieder tauchten Hinweise und Verdächtigungen dieser geringen falschen Nachrichten auf mit

Hinweisen, daß solche Falschmeldungen das ganze Unglück im Saargebiet verschuldet hätten. Der Eingeweichte erkannte sofort die Quelle dieser falschen Meldungen und auch der Dementis und Kassandrahaften Beschwörungen. Bis dann zuletzt eine ganz harmlos aussehende Meldung das Rätsel löste. Eine Meldung, die erwiesenermaßen aus französischer Quelle stammt und die auch in die deutsche Presse lanziert wurde. Darin hieß es unter anderem: Infolge der vielen Falschmeldungen über die Verhältnisse im Saargebiet scheuten deutsche Beamte, nach dem Saargebiet zu gehen. Die Saarbehörde sei deshalb gezwungen, sich Ersatz aus Elsaß-Lothringen zu verschaffen.

Das war also des Pudels Kern! Ersatz aus Elsaß-Lothringen! Franzosen an die Stelle der Deutschen, die wohlverstanden ausgewiesen worden waren. Die so maßlos unmenschlich behandelt worden waren, daß wahrhaftig niemand Verlangen trug, sich ähnlichen Gemeinheiten auszusetzen. Darum französische Beamten im Saargebiet. Ein Schritt weiter in der Verwelschung.

Und weiter geht es im System Richert. Ein Keil ist in die Bevölkerung getrieben. Die Kluft zwischen

Beamten und Arbeitern erweitert. Heute werden die Arbeiter noch gestreichelt, um sie von der Hilfeleistung für die Beamten abzuhalten. Ihnen wird das Wohlverhalten bescheinigt. Während die bürgerliche Presse durch Ausweisung ihrer Verleger und Redakteure mundtot gemacht wird, geschieht der Arbeiterpresse nichts, obwohl diese energisch wie jene für die Rechte der Bevölkerung gegenüber der Regierungskommission eingetreten ist. Der Arbeiterschaft wird das Trugbild eines internationalen Arbeiterstaates vorgegaukelt. Als ob man nicht wüßte....

Aber auch für die deutsche Arbeiterschaft wird der Tag kommen, da auch um sie das System Richerts seine Schlinge legt, um sie zu erdroffeln.

Lied der Saarländer.

Mel.: „Freiheit, die ich meine.“

Frei sind wir geboren
In dem Tal der Saar,
Das sich einst erkoren
Unser Väter Schar.
Aus der Wälder Schatten,
Aus der Sonne Glut,
Auf den grünen Matten
Wächst uns stolzer Mut.

Will ein Feind bedrohen
Unser Vaterland,
Flammenzeichen lohen
Auch am Saaresstrand.
Wie die Väter mühten
Sich in schwerer Zeit,
Woll'n auch wir behüten
Deutschlands Herrlichkeit.

Wenn jetzt Stürme toben
Durch das Heimattal,
Schau'n wir doch nach oben
Trotz der Herzensqual.
Einst wird wieder scheinen
Gottes Sonne klar
Ueber die, die's meinen
Deutsch und treu und wahr.

Dann wird wieder klingen
Freudenglockenklang,
Daß das Herz will springen
Fast vor frohem Sang.
Fröhlich soll dann dröhnen
Hin durchs deutsche Land
Es mit Jubeltönen:
„Frei der Saaresstrand!“

F. W. S.

Das System Richert lautet: Trennung und Verhegung der Klassen, Beunruhigung, Verzweiflung, Belagerungszustand, Vernichtung eines Zweiges, des Deutschtums, und Aufspießen eines französischen Astes.

Nicht Ruhe wird in das Saargebiet einziehen, bis nicht der Völkerbund zu der Tat seiner Pflicht erwacht, solchen Hehern und Treibern das Handwerk zu legen.

Lassen wir die Schilderung eines Mannes folgen, der aktiv in der Bewegung der Beamten gestanden hat, Augenzeuge und Opfer der Ereignisse war.

Ueber den Kampf der Saarländer um ihr Recht

führte er in der Versammlung der Saarländer-Vereinigung in Berlin u. a. folgendes aus:

Im Februar dieses Jahres hat die Saar-Regierung im Auftrage des noch nicht geborenen Völkerbundes die Regierungsgeschäfte übernommen. Diese Regierungsbeförderung besteht aus fünf Männern. Nach dem Friedensvertrage setzt sie sich zusammen aus einem Franzosen, zurzeit der Präsident, Kault, einem Deutschen, Herrn v. Boch, und drei Männern, die einer anderen Nation angehören können. In der heutigen Regierungskommission, die auf ein Jahr die Gewalt ausübt, sitzt außer den Genannten ein Däne, Graf Moltke, der schon seit 20 Jahren in Paris als Rennstallbesitzer lebt, ein Belgier, Lambert, und ein Kanadier, Waugh. In einer Proklamation hat der Präsident Kault der Saarbevölkerung das feierliche Versprechen abgelegt, die Regierungsgeschäfte zum Wohle der Saarbevölkerung und als Treuhänder des Deutschen Reiches auszuführen. Aber schon die ersten Regierungsmaßnahmen bewiesen, daß seine Verordnungen nicht zum Wohle, sondern zum Wehe des Saarpvolkes gereichen sollten. In die wichtigsten Ämter wurden Nichtdeutsche berufen. Zu Ratgebern und Privatsekretären wurden Franzosen ernannt. Franzose ist auch der Polizeidirektor, der nicht ein Wort Deutsch versteht. Auch die nach dem Friedensvertrag berechtigten Forderungen der Saarbevölkerung: Beseitigung der Militärgewalt, Beseitigung der marokkanischen Besatzung, die zur wahren Plage deutscher Frauen ausartete, Beseitigung des obligatorischen französischen Unterrichts in den Volksschulen, Festlegung des Zeitpunkts für die Gemeinderatswahlen, Bildung des Saar-Parlaments mit beschließender Stimme, Bildung eines Wirtschaftsrates, Beseitigung der unhaltbaren Zustände in der Wohnungskommission, wo die Vertreter der Franzosen in der Mehrheit vor denen der Bevölkerung, Besetzung der Ämter mit Saarländern, Verhinderung der unrechtmäßigen Eingriffe des Präsidenten in die deutsche Rechtsprechung zum Vorteile französischer Untertanen und zum Nachteile der Saarländer, Abschaffung der Lebensmittelpartei unter der Kontrolle des französischen Kapitäns Nadaillac, dessen eigentümliche Tätigkeit zum Vorteile Frankreichs den einzelnen Gemeinden eine unerschwingliche Schuldenlast aufhakte, Aufhören des merkwürdigen Verhaltens bei beschlagnahmten Schmugglerwaren zugunsten Frankreichs usw. Alle diese ungerechten Maßnahmen hatten dem betrieblamen Volke an der Saar die Augen geöffnet über den westlich gerichteten Kurs der Völkerbunds-Regierung. Das deutsche Mitglied, das sein Gehalt in hochherziger Weise für wohlthätige Zwecke im Saargebiet zur Verfügung stellte, hatte keinen Einfluß, denn es wurde überstimmt, selbst im Falle, daß sich ihm der Kanadier in aufrichtig neutraler Weise angeschlossen. So griff das Volk zur Eigenhilfe. In einer nach vielen Tausenden zählenden, gewaltigen Kundgebung im „Saarbau“ und vielen anderen Lokalen zu Saarbrücken hat das Volk an der Saar seinem bedrängten Herzen Luft gemacht — seine Forderungen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung aufgestellt — und hat durch diese Versammlungen in einer für Frankreich nicht mißzuverstehenden Weise sein Deutschtum bekundet. Mit dem Lande, dem es seine Blüte verdankt, mit den Brüdern, mit denen es Tage der Freude, des Segens, des Glückes teilte, mit diesem will es auch im Unglück vereint sein.

Neue Beunruhigungen wurden besonders in die Reihen der Beamten und Lehrer durch eine Verordnung des Präsidenten Kault getragen. Nach dieser sollten alle Beamten und Lehrer nach einer 6 monatlichen Probezeit zur Anstellung oder Entlassung kommen. Alle der Saar-Regierung nicht genehmen Elemente sollten auf diese Weise entlassen werden. Die Regierung behielt sich das Recht vor, in die Zen-

tralverwaltung und die übrigen Ämter nach ihrem Ermessen Beamte einzustellen. Beamte und Lehrer waren damit der Willkür der Saar-Regierung vollständig preisgegeben. In einer gewaltigen Protestversammlung, bei der in Saarbrückens Mauern seit seiner 1000jährigen Geschichte noch nie so viele Beamte gesehen wurden, forderten die Beamten ihr nach dem Friedensvertrag verbrieftes deutsches Recht: Deutsche Richter, deutsche Polizeibeamte, deutsche Beamte in der Landesverwaltung, wenigstens solche, die der deutschen Sprache mächtig sind, ein nach dem deutschen Beamtengezet unter Mitwirkung der deutschen Behörde und der Berufsorganisationen ausgearbeitetes Beamtengezet, deutsche Amtssprache, deutsche Schule, Beseitigung der Militärgewalt, eigene Gendarmerie. Nicht nur die Beamenschaft, sondern das gesamte Volk an der Saar, auch die Arbeiter in ihrer Mehrzahl, standen einmütig hinter den Forderungen der Beamenschaft, wohl wissend, daß mit dem Wohl und Wehe der Beamenschaft auch das der gesamten Saarbevölkerung eng verbunden ist und daß nach der Entrechtung der Beamten auch für die Arbeiter die Stunde schlagen würde.

Während der monatelangen Verhandlungen zwischen Saar-Regierung, Beamenschaft und deutscher Regierung suchte die französische Grubenverwaltung durch ein besonderes Statut die Grubenbeamten in ihren Rechten und Pflichten zu befriedigen. Es ist bedauerlich, daß der Vorstand der Vereinigten Grubenbeamten die eigene Sache nicht auch abhängig machte von der gesamten Beamtenfrage des Saargebietes. Die Beamenschaft hätte im Kampfe um ihre Rechte eine geschlossene Kampffront gebildet und zur Erreichung ihrer Wünsche eine weit bessere Möglichkeit gehabt. Statt dessen ist durch die Politik der Franzosen in die Gesamt-Beamtenchaft ein Keil getrieben worden. Während der Streiks zeigte sich der Nachteil offen. Viele Grubenbeamten folgten der Streikparole nicht, ja Beamte einzelner Zechen fuhren vollzählig an.

In einer Unterredung der Vorstände der politischen Parteien des Saar-Reviere mit dem Präsidenten Kault sollte dieser noch einmal für die nach deutscher Auffassung berechtigten Wünsche der Beamenschaft gewonnen werden. Der Präsident hielt aber hartnäckig an seinen Ansichten fest, die auf einer merkwürdigen Auslegung des Friedensvertrags fußen. Die Verhandlungen waren damit auf einen toten Punkt geraten.

Die Erregung der Beamenschaft wuchs und die von der gesamten Beamenschaft in der großen Protestversammlung angekündigten Maßnahmen schienen in Wirkung treten zu müssen. Die Leitung mußte gestehen, daß zum letzten Schritt leider der geeignete Zeitpunkt verpakt war, nämlich als Anfang April die lothringischen und Saarbergleute und Hüttenarbeiter streikten. Die Beamtenleitung glaubte aber immer auf dem Wege der loyalen Verhandlungen diese schwierigen wirtschaftlichen und politischen Fragen meistern zu können. Noch einmal hat die Abordnung der Beamenschaft um eine diesbezügliche Unterredung. Diese fand am 8. Mai statt. Trotz wochenlanger eingehender Beratungen, trotz einer die Wünsche der Beamten darlegenden Denkschrift dauerte diese Sitzung von vormittags 10 Uhr bis abends 7½ Uhr. Welch harter Kampf um ein offenes Recht! Noch einmal umschrieb dabei Kault die Verordnungen vom 16. März 1920 für die Beamten mündlich. Die Beamtenvertreter verlangten jedoch eine schriftliche Zusicherung, um so gesichert und gedeckt vor die Gesamtbeamenschaft treten zu können. Die Regierung als solche scheute aber, eine schriftliche Erklärung abzugeben. Nur in Form eines offenen Briefes, den die Beamenschaft auch veröffentlichen konnte, verstand sich Präsident Kault, seine Verordnungen zu umschreiben. Also in dem Briefe eines einzelnen Mitgliedes der Regierung, der deshalb zu nichts verpflichtete. Dieser Brief kam am selben Abend in einer Ausschussung der Beamenschaft zur Verlesung und Besprechung. Der Brief enthielt einige Stellen, die ein Eingehen auf die Wünsche bezeugten, ließ aber doch erkennen, daß Kault nicht gewillt war, von seinen Absichten abzugehen. Trotzdem faßten die Ausschussmitglieder mit allen gegen zwei Stimmen eine Resolution, wonach die deutsche Regierung auf Grund dieses Versprechens die Beamten der Saar-Regierung zur Verfügung stellen sollte unter der Bedingung, daß unter Mitwirkung der Beamenschaft, der deutschen Regierung und der Saar-Regierung ein Beamtenstatut ausgearbeitet werden müßte. Die Saar-Regierung arbeitete aber ein Beamtenstatut ohne Mitwir-

tung der Beamtenorganisationen aus und legte es den Vertretern der Beamtenschaft vor.

Aus diesem seien einige für das Beamtenwohl und für das Deutschtum sehr gefährliche Stellen herausgegriffen. 1. Danach kann ein Beamter ohne Angabe von Gründen auf alleinige Anzeige eines Vorgesetzten hin entlassen werden. 2. Nichtgenehmigung der Verbindung der Beamtenorganisationen mit den Organisationen des rechten Rheinufers unter Androhung schwerer Gefängnis- und Geldstrafe. 3. Verbot zum Zusammenschluß zu Organisationen gleichartiger Beamten, was Zertrümmerung der gesamten Beamtenorganisationen des Saarlandes bedeuten müßte. 4. Vorstandsmitglieder der Vereinigungen dürfen nur aktive Beamten sein. 5. Die Statuten der einzelnen Organisationen bedürfen der Genehmigung der Saarregierung.

Es folgten neue Verhandlungen. Die Gegenwünsche der Beamtenschaft wurden nicht berücksichtigt, ja vielfach wurde ihren Vertretern in den Unterhandlungen das Wort entzogen mit der Bemerkung: „Wir haben abgestimmt! — ohne Diskussion.“ Zuletzt wollte man das Beamtenstatut ohne die Verbesserungsvorschläge der Beamten in dem Verordnungsblatt der Regierung veröffentlichen und damit sollte dieses hochwichtige, den Beamtenstand und das Deutschtum an der Saar untergrabende Dokument Gesetzeskraft erlangen. Am 3. August hatte man plötzlich wieder die Ausschußmitglieder zu einer dringenden Beratung eingeladen. Man beschloß auch jetzt, nicht zum äußersten zu greifen, sondern noch einmal den Weg der Verhandlung zu beschreiten. Kann man angesichts solcher Tatsachen noch von einer Erschwerung der Regierungsgeschäfte durch die Beamtenschaft reden, wie die „Völkische Zeitung“ diese Angelegenheit beliebt hinzustellen? Sind die Beamten nicht bis zur äußersten Grenze der Nachgiebigkeit gegangen zum Schaden ihrer gerechten Sache? Um so mehr noch als die Beamtenschaft loyal ihr Versprechen hielt, nichts weiter zu unternehmen, während die Saarregierung sich über ihr Versprechen, vorläufig keine fremden Beamten mehr einzusetzen, strupellos hinwegsetzte. Nun überstürzten sich die Ereignisse. Donnerstag, den 5. August, nachts 12 Uhr trat die gesamte Beamtenschaft: Eisenbahn, Post, Telegraph, Kommunal- und Polizeibeamte, Lehrer usw. in den Streik, entschlossen, durch Einigkeit und treues Zusammenhalten ihr Recht auf diese Weise zu erlangen.

Raum war der Streik angesagt, so wurde auch schon über das Saargebiet der Belagerungszustand verhängt. Das deutsche Mitglied der Saarregierung v. Boch stellte in Anbetracht der Verhältnisse dem Völkerbund sein Amt zur Verfügung. In der Beamtenschaft hatte man wohl damit gerechnet. Ja man hatte nicht nur in der Beamtenschaft den Eindruck, daß die Regierung bewußt auf diesen Zeitpunkt hinarbeitete. Mit Recht hob die „Völkische Stimme“, das Organ der Sozialdemokratischen Partei im Saarrevier hervor: „Eines ist sicher: Die Saargebietsbevölkerung hat es an einer staunenswerten Geduldselastizität bisher nicht fehlen lassen. Heute ist der Höchstpunkt wohl erreicht, und es wird sich zeigen, daß es keine kluge Politik ist, alle gegebenen Rechte bis an die äußersten Grenzen auszunutzen. Die Politik der Saarregierung scheint darauf angelegt zu sein, irgend eine Unbesonnenheit der Saargebietsbevölkerung heraufzubeschwören, um den Schein des Rechts für besondere hochpolitisch zu bewertende Maßnahmen in die Hand zu bekommen. Zu solchen Unbesonnenheiten hatte sich die Saarbevölkerung in ihrer Verzweiflung nicht hinreißen lassen.“ Aber nicht allein die mehrheitssozialistische Partei sympathisierte mit der gesamten Beamtenschaft, selbst einsichtsvolle U. S. P.-Leute, insbesondere einige Führer. Daß aber das gesamte Saarpolk geschlossen hinter der Beamtenschaft stand, bewies der 24stündige Sympathiestreik der gesamten Arbeiterschaft der Saar, der Angestellten, der Kaufmannschaft.

Auf Grund des Belagerungszustandes setzte sofort eine sehr scharfe Paßkontrolle ein. In jedem Dorfe, in jeder Stadt, auf allen Straßen wurde man fortwährend durch französische Gendarmen, marokkanische und französische Soldaten angehalten. Wer ohne Ausweis war, wurde unter scharfer Bewachung abgeführt. Bei diesen Untersuchungen fahndete man eifrig auf Eisenbahner, Post- und Telegraphenarbeiter und Beamte. Die Ertrappten wurden mitgenommen, ihnen wurde ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt, wonach sie sich zur Aufnahme der Arbeit bereit erklären mußten. kamen sie dieser Aufforderung nicht nach, so wurden sie auf Lastautos nach Saarbrücken gebracht und dort ins Gefängnis geworfen. Viele der Beamten und Arbeiter entzogen

sich der Verhaftung durch die Flucht. Sie hausten in den dichten Wäldern oder in Gärten und sonstigen Verstecken. Kavalleriepatrouillen durchstöberten die Wälder nach ihnen. Es war eine regelrechte Jagd auf Menschen. Frauen und Kinder, die ihren geflüchteten Angehörigen Essen zutrug, wurden verhaftet. Bei schwerer Strafe war es verboten, eine Person ohne Ausweis oder die requiriert war, bei sich aufzunehmen. Die deutsche Presse an der Saar wurde vergewaltigt; Verleger und Redakteure wurden verhaftet und ausgewiesen. Das Erscheinen ihrer Zeitungen wurde auf 4 Wochen verboten. In geradezu ekelhafter Weise wurden französischerseits Beamte und Arbeiter gegeneinander verhetzt. In einer Proklamation des Generals heißt es: Der kommandierende General konstatiert mit Freuden, daß sich das ruhige und disziplinierte Verhalten der Berg- und Fabrikarbeiter vom dem aufrührerischen Verhalten der Beamten und Angestellten, die verhetzt sind durch Agitatoren, die ihre Parole von auswärts erhalten, bestens unterscheiden.

Auch der Präsident Kault blieb in einer großen Proklamation in dasselbe Horn. Er lag den Arbeitern vor, der Beamtenstreik sei ein Ausfluß alldeutscher Hezpropaganda, die mit amtlichen deutschen Geldern unterstützt würde. Die Beweise habe man bei den aufgefundenen Schriftstücken des früheren Reichstagsabgeordneten Ollmert entdeckt. Jedes Ausschußmitglied der Beamten kann feierlichst erklären, daß die Beamtenschaft an der Saar in ihren Kämpfen mit der Saarregierung sich nie durch eine sogenannte alldeutsche Heze leiten ließ. Er ist durch das Verhalten der Saarregierung uns aufgezwungen worden zur Erämpfung unserer wirtschaftlichen, politischen und deutschen Rechte, wie sie uns im Vertrage zu Versailles verbrieft und versiegelt worden sind. Wie fadenscheinig die Beweisführung für eine alldeutsche Heze war, zeigte sich, als den Arbeitervertretern die berühmten Dokumente Ollmerts vorgelegt wurden. Die Arbeitervertreter erklärten einstimmig, sie bewiesen nichts, als was sie alle und alle Deutsche an der Saar wollten.

Nicht allein in den Redaktionen hatte man Hausdurchsuchungen abgehalten, sondern auch bei einer Reihe von angesehenen Bürgern des Saarlandes, die den verschiedensten Berufsständen angehören. Vor allem fahndete man auf Schriften des Heimatdienstes und des „Saarverein“. Meistens fand man nichts oder ganz harmlose Schriftstücke. In Dudweiler verhaftete man den Vater eines Sekretärs der Berliner Geschäftsstelle „Saarverein“ und steckte ihn ins Gefängnis. Man wollte mit Gewalt ein Komplott konstruieren, wo auch nicht die Spur eines solchen zu finden war. Im ganzen sind über 200 Personen durch die französischen Gewaltherrn von Haus, Heim und Familie verjagt worden. Ohne jedes Recht!

Wer die Schilderungen der Ausgewiesenen und Verhafteten hört, den ergreift der ganze Jammer des armen Volkes an der Saar, das über den Krieg hinaus noch das sinnlose Wüten einer fremden Soldateska ertragen muß. Und das als Schützling des Völkerbundes. Diese Unmenschlichkeiten werden in die Geschichte ein trauriges Bild des Volkes eintragen, das sich rühmt, an der Spitze der Zivilisation zu marschieren. Hört ihr das Weh in der Brust eines Mannes, der berichten muß von der schauderhaften Stunde seines Lebens, als er vordem Augen seines Weibes und seines Kindes wie ein Verbrecher gefesselt wurde. Nur weil er ein Deutscher war. Kennt ihr die Schrecken der armen Frauen, denen man die Ketten zeigte, mit denen ihre Männer gefesselt werden sollten, wenn man ihrer habhaft werden sollte. Denen man gar drohte, sie selbst zu fesseln, wenn man die Männer nicht finden würde? Hört ihr nicht das Weinen des Kindes, das von schwarzen Soldaten bewacht wird, weil sie seinen Vater nicht fanden! Hört ihr die Schreie der Verhafteten, die im Gefängnis geschlagen werden!

Und hört ihr die Menschlichkeit im Herzen jener französischen Soldaten, die selbst der Ekel vor solch unsinnigen Gewalttaten faßt, daß sie sagen: wir müssen ein Herz von Stein haben, um diese Befehle auszuführen! Hört in ihnen jene Stimmen, denn sie erhalten uns den Glauben, daß die Menschheit doch eines Tages dieser Raserei satt wird.

Gewalt geschah den Saarländern auf ihrem Grund und Boden, den ihre Ahnen schon

Jahrtausende bewohnen. Gewalt geschah ihnen von fremden Schergen vor den Augen der heiligsten Institution, die je zum Wohle der Menschheit erdacht worden war, vor den Augen des Völkerbundes.

Der Völkerbund ist verpflichtet, über das Wohl des Volkes an der Saar zu wachen. Keine Bestimmung besagt, daß französische Militärwillkür die Autorität des Völkerbundes übernehmen darf. Deutsches Recht herrscht an der Saar und nach deutschem Recht müssen die Saarländer abgeurteilt werden.

Aber alles Berufen auf Recht, Gerechtigkeit, Vertrag und heiligste Eide ist nichtig vor dem Willen dessen, der nur Gewalt kennt. Diese Franzosen vom Schlage Richert wissen recht wohl, daß das Volk an der Saar rein deutsch ist. Sie wissen wohl, daß in Paris damals den Völkern der Erde vorgelogen wurde, im Saargebiet verlangten 150 000 Franzosen die Angliederung an Frankreich. Wo sind sie heute, da sie ihre Stimme gegen die anderen Deutschen gewichtig in die Waagschale werfen könnten? Wir wissen, daß die Unterschriften dieser Franzosen, auf die sich Clemenceau seinen Widerparten, Lloyd George und Wilson, gegen-

über berief, durch Betrug erschlichen sind. Wir wissen, daß dieser Betrug die Rechtllichkeit Wilsons und Lloyd Georges, die eine offene Vergewaltigung der Rechte der Saarländer nicht zulassen wollten, täuschen sollte. Und sie leider getäuscht hat, wie Tardien es berichtet.

Die Betrüger greifen nur zur Gewalt, um ihr erschliches Gut zu ihrem Besitz zu machen. Sie unterdrücken einen Berufsstand nach dem anderen. Sie schüchtern das Volk durch Gewaltmaßnahmen gegen einzelne ein. Sie unterdrücken die öffentliche Meinung, die deutsche Presse, während ihr Propagandaorgan, der „Neue Saarkurier“, sich besten Wohlwollens erfreut. Sie erdrosseln das Wirtschaftsleben durch die Zollgrenze; durch den Zwang, daß die Industrie französisches Kapital aufnimmt; dadurch, daß sie der Industrie, dem Handwerk und den Haushaltungen die ihnen zustehenden Rohlen entziehen; daß sie die Frankenzahlung für die Grubenarbeiter einführen, und so einem großen Teil des Volkes die Existenzmöglichkeit rauben.

Und all das sieht die Saarregierung mit an! Kann der Saarländer zu ihr Vertrauen haben? Kann er glauben, sie handle nach seinem Besten? Nicht nach französischem Willen? Die Fragen beantworten sich selbst nach den Tatsachen.

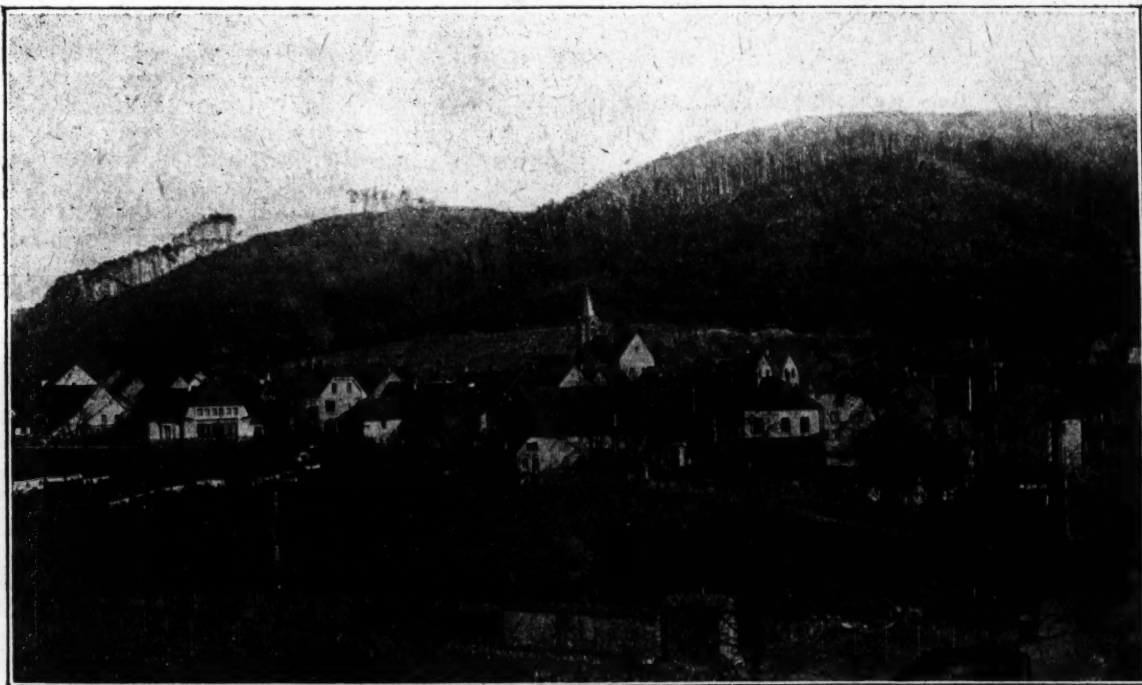
Das Ende der Kriegervereine im Saargebiete.

Auf Anordnung der Regierungskommission des Saargebietes, die ja in erster Linie und fast ausschließlich nur französische Interessen wahrnimmt, müssen sämtliche Krieger- und Militärvereine im Saargebiet nunmehr aufgelöst werden. Der Auflösungsbefehl ist noch eine Maßnahme des französischen obersten Militärverwalters, General

Andlauer, vom 8. Oktober 1919, auf welche sich die Regierungskommission jetzt beruft, um die Liquidierung des Vereinsvermögens durchzuführen. Dabei hat sie bestimmt, daß über Gegenstände besonderer Art, wie Vereinsfähnen und dergleichen, bei der Liquidierung so verfügt werden müsse, „daß sie nicht zur Beunruhigung oder sonst zu Zwecken mißbraucht werden, die dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen.“ Das gesamte liquidierte Vereinsvermögen muß zum Besten von Kriegsbeschädigten, Kriegswitwen und Waisen des Saargebietes verwandt werden, wobei nicht ausgeschlossen sein solle, daß den eigenen Vereinsmitgliedern in maßgebendem Verhältnis zu den von ihnen geleisteten Beiträgen Zuwendungen gemacht werden können.

Die nunmehr durchgeführte Maßnahme der Saarregierungskommission bedeutet für das einst so starke und blühende Kriegervereinswesen an der Saar Vernichtung und Ende. Jedem Saarländer, der sich im Kriegervereinswesen betätigt hat und alle die, welche die Bedeutung des Kriegervereinswesens an der Saar immer zu schätzen wußten, sind ganz gewiß tief gerührt gewesen bei dem Anblick der Anzeigen der verschiedenen Krieger- und Militärvereine in den Zeitungen des Saargebietes, in welchen die Generalversammlungen angekündigt worden waren, mit der schlichten Tagesordnung: „Mitteilungen über die Auflösung des Vereins und Beschlusfassung über die Teilung des Vermögens“.

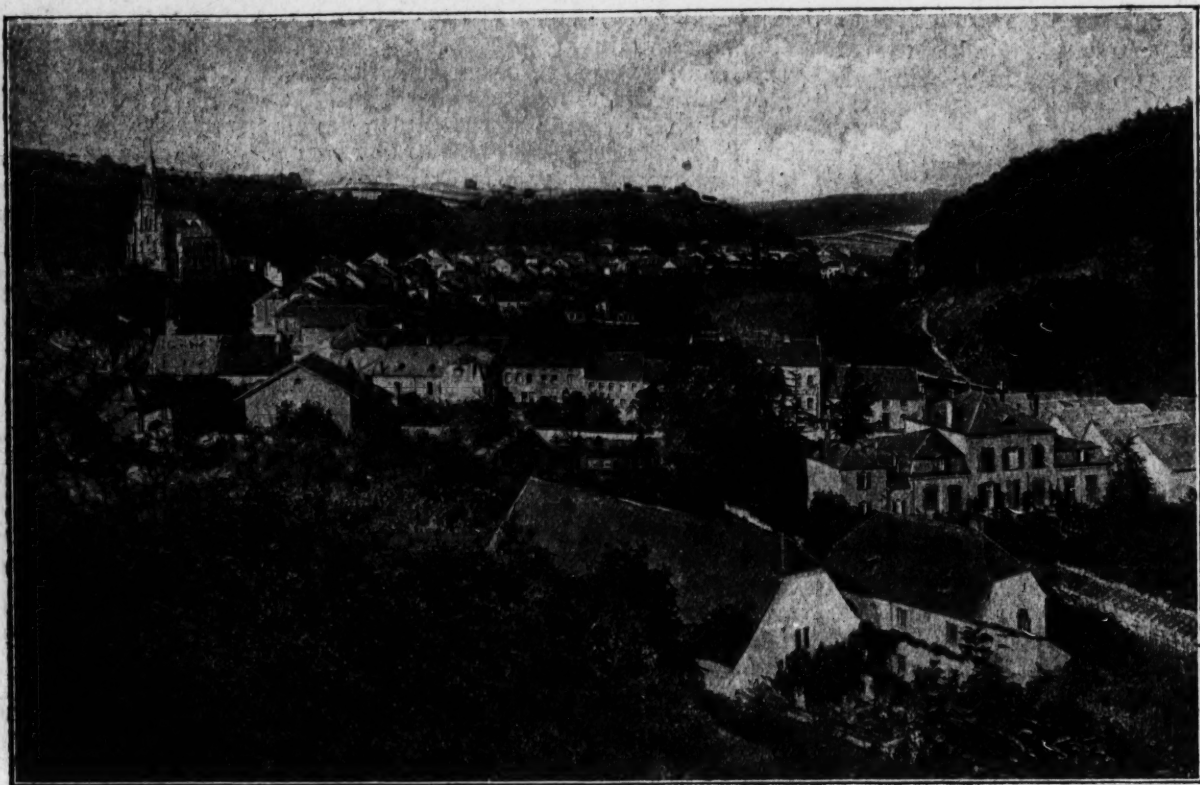
Wenn irgendwo, so war es das Saargebiet, in welchem das Kriegervereinswesen in voller Blüte stand. Der Kreis der Kriegervereine umfaßte Saarbrücken, dessen Ehrenvorsitzender um das Kriegervereinswesen an der Saar besonders hochverdiente Herr Geh. Bergerrat Ewald Hilger, der frühere Vorsitzende der Bergwerksdirektion Saarbrücken, ist, allein zählte etwa 110 Kriegervereine mit rund 20 000 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der eben-



Ausflugsort Scheidt bei Saarbrücken.

maligen Kriegervereinsmitglieder im ganzen Saargebiet dürfte annähernd 60 000 betragen.

Die jungen und alten Krieger, die sich so oft versammelten, um gemeinsam der durchlebten großen Zeit zu gedenken und um untereinander treue Kriegskameradschaft zu pflegen, haben jetzt die Stätte verloren, wo sie sich von den niederdrückenden Bildern der Gegenwart seelisch erheben und einander die Herzen erleichtern durften. Der Beschluß der französischen Militärbehörde, die die Auflösung verfügt hat, ist um so härter und unverständlicher, als die Kriegervereine im Saargebiet sich von jeder politischen Betätigung fernhielten und niemals daran dachten, den Völkerhaß zu pflegen. Der Zweck der Vereine war lediglich der, die alte Kriegskameradschaft hochzuhalten, den in Not geratenen Kameraden und ihren Angehörigen beizustehen und verstorbenen Vereinsmitgliedern beim Begräbnis die letzten Kriegerehren zu erweisen. Die vornehmste Aufgabe bestand darin, in erster Linie für ein würdiges Begräbnis mit militärischer Ehrung ehemaliger Krieger zu sorgen. Es handelte sich also nur um die Betätigung kriegerischer Kameradschaftlichkeit, und niemals haben die Kriegervereine anderen Zielen gedient, als der Pflege dieser ritterlichen Gesinnung, die jeden ehrt, der bereit gewesen ist, sein Blut fürs Vaterland zu vergießen. Nun stehen die Saarländer trauernd am Grabe der Vereine, die ihnen so lange Jahre hindurch eine Stätte kameradschaftlichen Zusammenlebens geboten haben. Aber der Geist der Vaterlandsliebe, der im Jahre 1870 und 1914 das ganze deutsche Volk bereitwillig aufstehen ließ, um die Heimat zu schützen und die langersehnte Einheit des Deutschen Reiches zu begründen, kann nicht sterben, und in ihm werden die alten und jungen Kriegervereinsmitglieder an der Saar der dunklen Gegenwart gegenüber immer wieder aufs neue Mut und Trost finden.



Dorf Bedingen vom Herrenberg aus.

Der Saarländer Not unter der Fremdherrschaft.

Die Massenausweisungen aus dem Saargebiet

haben sehr großes Aufsehen in Deutschland und darüber hinaus erregt. Sie sind anlässlich des sogenannten Beamtenstreiks erfolgt. Die Ausweisungen sind vom Militärbefehlshaber ausgesprochen, teilweise aber erst nach Aufhebung des Belagerungszustandes erfolgt.

Sie sind ein Rechtsbruch schlimmster Art und in keiner Weise zu verantworten, möge man den Friedensvertrag auffassen wie man wolle.

Nach dem Friedensvertrag ist das Saargebiet deutsches Land, bis zur endgültigen Entscheidung über seine politische Zugehörigkeit durch Abstimmung dem Völkerbund zur Verwaltung übertragen. Die Ausweisung ist eine Verletzung der Freizügigkeit, die nach dem deutschen Freizügigkeitsgesetz unzulässig ist. Die deutschen Gesetze sind im Saargebiet in Kraft geblieben, ihre Abänderung ist zwar unter bestimmten Voraussetzungen zulässig, die Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes ist nicht erfolgt. Eine Abänderung dieses Gesetzes in dem Sinne, daß die Regierungskommission berechtigt wäre, Einwohner aus dem Saargebiet auszuweisen, ist auch deshalb unmöglich, weil diese Abänderung nicht nur eine Abänderung des Gesetzes für den Geltungsbereich des Saargebietes, sondern für das ganze Deutsche Reich bedeuten würde. Das aber ist nicht möglich, ohne daß die Gesetzgebungsgewalt des Deutschen Reichs dazu mitwirkt. Wir werden in der nächsten Nummer des „Saarfreund“ noch darauf zurückkommen.

Die Zahl der Ausgewiesenen konnte noch nicht genau festgestellt werden. Sie soll aber über 300 betragen. Unter ihnen befinden sich Buchdruckereibesitzer, Redakteure, Professoren, höhere Gerichtsbeamte, Kaufleute, Oberlehrer, Pfarrer, Kapläne, Bürgermeister, Gymnasialdirektoren, Lehrer, Rechtsanwälte, Amtsrichter, Notare, Buchhändler, höhere Bergbeamte, Apotheker, Gastwirte, Polizeibeamte, Fabrikanten, Ingenieure, Ärzte, Förster, Bankdirektoren usw. Die meisten dieser ausgewiesenen Persönlichkeiten sind in später Nachtstunde verhaftet und unter der Vorpiegelung, sie sollten lediglich vom Kommandanten vernommen werden, ohne auch nur mit dem Nötigsten versehen zu sein, ins Gefängnis geschleppt und dann mit Lastautos auf die rechte Rheinseite gebracht worden.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ist sofort an maßgebenden Stellen dahin vorstellig geworden, daß beim Völkerbund gegen diese ungerechtfertigten Ausweisungen und gegen die dadurch hervorgerufenen Verstöße gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages für das Saarbecken Einspruch erhoben werden müsse. Die deutsche Regierung habe alle Ursache, alle Mittel und Hebel in Bewegung zu setzen, um diejenigen Personen,

die wegen ihres Deutschtums von Familie und Haus davongejagt worden sind, zu schützen. In diesen Eingaben wird ferner besonders hervorgehoben, daß nun endlich der Zeitpunkt herangekommen sei, um den Völkerbund auf die Zustände im Saargebiet aufmerksam zu machen und ihn zu veranlassen, das offene Unrecht, das dort seit Monaten geschieht, nach Kräften gutzumachen. In demselben Sinne hat sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ an sämtliche Fraktionen und an alle politischen Parteien des Reichstages gewandt, mit der Bitte, gleich nach Zusammentritt des Reichstages diese unerhörten Vorgänge zum Anlaß für eine große Kundgebung für das Saargebiet nehmen zu wollen. Mit Rücksicht auf die allgemeinen politischen Verhältnisse hat man von der Veranstaltung einer großen Saarkundgebung, welche im Zirkus Busch stattfinden sollte, nur ungern Abstand genommen. Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß von vielen Seiten die

Anregung gegeben worden ist, eine solche große Kundgebung zu veranstalten, um der Saarlande Not unter französischer Gewaltherrschaft der ganzen Welt zu verkünden. Jedenfalls dürfen unsere Brüder und Schwestern an der Saar davon überzeugt sein, daß man im nichtbesetzten Deutschland ihre traurige Lage genau kennt und daß man sie nie und nimmer vergessen wird!

* * *

Das Saarland hat aus den Händen der Regierungskommission Wappen und Banner mit den Landesfarben erhalten.

Es ist ein viergeteilter Schild. Das rechte obere Feld zeigt schwarzen Grund mit einem silbernen Zugrad, das linke obere Feld die rote Rose auf silbernem Grund, das linke untere Feld den silbernen Löwen auf blauem Grund und das rechte untere Feld eine aufgehende Sonne auf silbernem Grund. Die Farben der Landesflagge sind in horizontaler Anordnung, schwarz, silber (weiß), blau.

Die Regierungskommission hat also mitten in den Wirren des Beamtenstreikes

Zeit gefunden, das Saarvolk mit der aufgehenden Sonne zu beglücken. Es soll ein gutes Omen sein. Möglich ist es, daß diese Kraftprobe des Beamtenstreikes das gegenseitige Verhältnis nach beiden Seiten hin geklärt hat. Alles das, was während des Streikes passiert ist, liefert den Beweis dafür, daß endlich einmal unter allen Umständen eine Klärung kommen muß, damit Ruhe und Vertrauen im Saargebiet wieder eintreten, damit wieder die Sonne scheint.

Zur Demission des Regierungskommissars von Boch

berichtet die Verhandlungskommission der Beamtenvertreter folgendes: Während der Verhandlungen über das Beamtenstatut zwischen der Regierungskommission und uns hat Herr von Boch über die Abstimmungen innerhalb der Regierungskommission über die strittigen Punkte, so wie wir Herrn von Boch kennen, in unserm Sinne gestimmt. Wenn er trotzdem das Beamtenstatut unterzeichnet hat, so hat er nur getan, was in allen Ländern geschieht, wo ebenfalls sämtliche Minister die Gesetze und Verordnungen unterschreiben, auch wenn sie nicht mit sämtlichen Punkten einverstanden sind. Als dann die unvermeidliche Arbeitsniederlegung der Beamten und Arbeiter kam, hat Herr von Boch, weil er mit all seinen Einwendungen ebensowenig erreichen konnte wie wir, allem Anscheine nach durch seinen Rücktritt noch einmal mit aller Deutlichkeit seine Bestimmungen und Proteste öffentlich unterzeichnen und zum Ausdruck bringen wollen, daß er das, was uns die Regierungskommission geben wollte, ebensowenig gutheißen konnte, wie er die Mitverantwortung für das Ganze und die aus ihm entstehenden Folgen nicht weiter auf sich nehmen wollte.

Am 22. fand in Saarbrücken eine große Eisenbahnerversammlung

statt, die sich mit dem Ursprung und den Vorgängen während des Streikes beschäftigte. Verschiedenen Führern der Unabhängigen wurde der Vorwurf gemacht, aus ihrer Feder stammten die

Artikel, die während des Streiks im „Neuen Saar-Kurier“ erschienen sind und die es darauf angelegt hatten, eine Spaltung in der Arbeiterschaft hervorzurufen. Der Unabhängige Thamerus polemisierte gegen das törichte Gerede, die Eisenbahner hätten nicht gewußt, warum sie im Streik standen. Die Eisenbahnarbeiter seien sich klar, daß die Reaktion nicht bei den Beamten anfangen und bei den Arbeitern enden dürfe und aus diesem Solidaritätsgefühl heraus seien sie in den Streik getreten. Die Eisenbahnerorganisationen sprachen Thamerus ihr vollstes Vertrauen mit seiner Verhandlungstaktik aus. Im Gesellenhause in Luzern in der Schweiz sprach der saarländische Bezirksleiter Kuhn über die Verhältnisse an der Saar. Die überaus ruhigen und sachlichen Ausführungen lösten großen Beifallssturm aus. Sogar Delegierte aus der französischen Schweiz versicherten dem Redner ihre Sympathie für die Saarländer. Ueber den Ausgang des

Eisenbahnerstreikes

im Saargebiet urteilt die sozialistische Metallarbeiterzeitung folgendermaßen: „Wir brechen den Kampf ab, ohne Eure Bedingungen anzunehmen!“ So lautet mit kurzen Worten gesprochen die Parole der im Kampfe stehenden Eisenbahner und Beamten, die sich im Kriegszustand mit ihren Arbeitgebern, dem Staat bzw. der Saarregierung befinden.

Die Zeitungen im Saargebiet.

Die Regierungskommission hat am 15. Aug. das unter dem 10. von dem Oberkommando der Saartruppen erlassene Verbot des Erscheinens der „Saarbrüder Zeitung“ für die Dauer eines Monats vollständig außer Gültigkeit gesetzt. — Die Zeitungen des Saargebietes erschienen eine Zeit lang unter Vorzensur. In einem Artikelchen, das der hohe Zensor gütig ansah, heißt es: „Die Streikbewegung ist eine rein politische, sie kann darum gefährlich werden. Die aus dem nicht besetzten Deutschland kommenden Sendboten sind reichlich mit Geldmitteln versehen. Man befindet sich gegenwärtig in einer Verschwörung ausgedehnten Umfangs, die man unter der größten Heimlichkeit geschaffen und welche, soweit sie das Saargebiet umfaßt, etwa 30 000 Eingeweihte in sich begreift! Die Bewegung ist durch Deutschland organisiert worden, um die Versuche zu lähmen, die Frankreich machen könnte, den Polen zu Hilfe zu kommen. Die bei Redakteur Dillmer gefundenen Schriftstücke sind Zeugnisse dafür.“ Deutschland kann sich freuen, daß es so hervorragende Politiker besitzt, die schon Anfang 1919, als der Heimatdienst gegründet wurde, die Verwicklungen zwischen Polen-Sowjetrußland und Frankreich vorausgesehen haben. Aus dem Schlußsatz dieses Artikels aus französischer Quelle geht hervor, wie gesucht die Verhehungen gegen die kulturelle Unterstützung des Saargebietes sind.

Aus den

Verordnungen der Streiktage

Sind noch bemerkenswert folgende Verfügungen des Stadtkommandanten des Grenzstädtchens Homburg: „Bis 5 Uhr heute mittag sind alle Waffen und Munition auf dem Bürgermeisteramt abzuliefern. Sollten bei der Bevölkerung noch Waffen vorgefunden werden, so wird der Betreffende erschossen!“ Durch die Ortsstelle wurden sämtliche deutsche Offiziere aufgefordert, sich auf dem Bürgermeisteramt zu melden, zwecks Eintragung in die Kontrollliste. Der Kommandierende General ordnete an: Es sollen Versammlungen der vorherigen Bestätigung bedürfen und die Zeitungen der Vorzensur unterworfen werden. Diese findet täglich zweimal statt. Alle Veröffentlichungen sind ohne jeden Zusatz zu vollziehen. Wo Verstöße gegen diese Verordnungen nachzuweisen sind, wird sofortiges Einschreiten gegen die Zeitungen erfolgen. Die Abschnittskommandeure wurden mit der Ausführung dieser Bestimmungen beauftragt.

Trotz des Ernstes der Situation entbehren verschiedene stilistische Uebungen in den Streik-Verlautbarungen nicht eines gewissen Humors. Sehr schön sind die beiden Erscheinungsverbote für die „Saarbr. Zeitung“ und die „Völklinger Ztg.“. In ihnen heißt es wörtlich: „Die „Völklinger Ztg.“, Filiale der „Saarbr. Ztg.“, ist auch aufgehängt für dieselbe Zeit. Eine Untersuchung wird am Sitze dieser Zeitung vorgenommen!“ Die Sache hat insofern

einen ernstesten Hintergrund, als es bei derartig miserabel übersehten Anordnungen des französischen Truppenkommandos sicher leicht war, irgendwelche Verstöße gegen die Verordnungen von Seiten der Bevölkerung herauszufonstruieren. Und scharf waren die Franzosen.

Ueber die Herrschaft der Schwarzen im Saargebiet

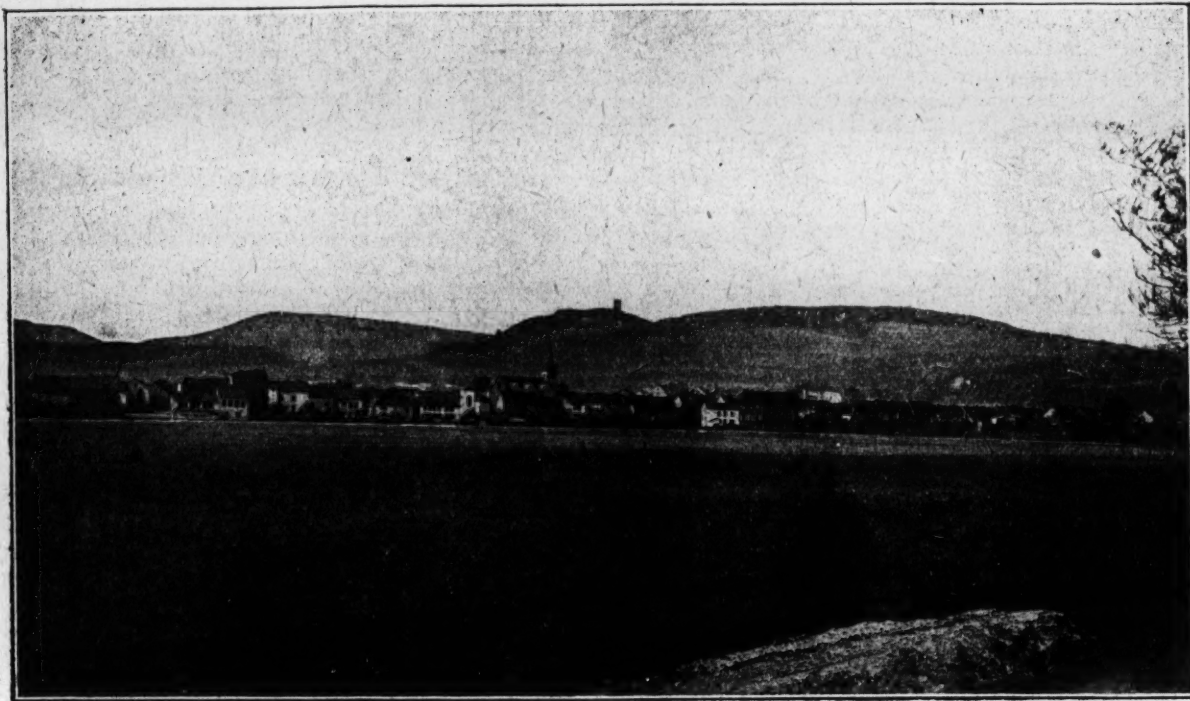
werden aus zuverlässigen Quellen folgende Einzelheiten berichtet: Aus Mangel an eigenen Truppen mußten die Franzosen den Marokkanern und andern farbigen „Kulturträgern“ den Hauptteil der Ueberwachung des Saargebietes während der Zeit des Belagerungszustandes überlassen. Die Farbigen hatten sehr viele selbständige Wachtkommandos, und fast alle Streifpatrouillen waren aus Schwarzen gebildet. Diesen Wachtkommandos und Streifpatrouillen war es ganz überlassen, selbständig festzustellen, ob sie einen Eisenbahner vor sich hatten oder sonst einen Verdächtigen, der abzuführen war. Natürlich kamen dabei des öfteren Mißgriffe vor. Es liegen Meldungen vor von schweren Sittlichkeitsverbrechen an Frauen und Mädchen. Zwei Mädchen aus St. Ingbert wurden am Sonntag, den 9. August abends gegen 9 Uhr auf der Landstraße von Rittershof nach Hassel von einer marokkanischen Patrouille von 5 Mann angehalten, unter einem Vorwande verhaftet, dann in den Wald geschleppt und das eine Mädchen zweimal, das andere dreimal vergewaltigt. Die eine ist im Krankenhaus zu St. Ingbert gestorben. Am Dienstag, den 11. August wurde ein junges Mädchen am helllichten Tage im Eisenbahndurchgang nach Forbach von einem Marokkaner, der dort Posten stand, verhaftet und dann vergewaltigt. Eine Frau, die bei dem Mädchen war, wurde mit geladenem Gewehr unter Bedrohungen verschleucht. In diesen beiden Fällen liegen die genauen Namen vor der Ueberfallenen und auch von Zeugen, die zu Hilfe eilen wollten, auf die jedoch die Marokkaner anlegten, weswegen sie sich zurückziehen mußten.

Die Haltung und das Interesse der deutschen Presse

während der Kampftage des Saarpvolkes war erhebend und hat die Geschäftsstelle des „Saar-Verein“ in Berlin zu folgendem Dank an die deutsche Presse veranlaßt: „In den schweren Tagen der Prüfung, die über das deutsche Saargebiet seit dem Beginn der Besetzung verhängt sind und die jetzt ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheinen, hat sich die deutsche Presse dieses bedrohten und leidenden deutschen Landes in letzter Zeit in einer Weise angenommen, die in weitesten Kreisen der Saardeutschen und aller derer, die an dem Schicksal des Saargebietes Anteil nehmen, den innigsten Widerhall gefunden hat. Die Geschäftsstelle „Saarverein“ hält es für ihre Pflicht, im Namen der zahlreichen ihr nahestehenden Verbände und Persönlichkeiten der deutschen Presse das Gefühl tiefer Dankbarkeit für ihr mannhaftes Eintreten zum Ausdruck zu bringen. Die Stimmen, die aus den deutschen Blättern in das Saarland hinübergedrungen sind, haben den Getreuen an der Saar immer wieder Mut und Trost gegeben und ihren Entschluß, lieber zugrunde zu gehen, als ihr Deutschtum zu verleugnen, bestärkt.“



Oberer Teil von Mettlach.



Rehlingen mit der Siersburg.

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

Stadt und Land. Nachdem die Kommunal- und Kreistagswahlen, welche ein glänzendes Zeugnis dafür brachten, daß das Saargebiet nur deutsch denkt und deutsch fühlt, am 11. Juni d. J. stattgefunden haben, haben in den verschiedenen Gemeinden die ersten Sitzungen der neuen Vertreter stattgefunden, die im großen ganzen ein wesentlich anderes Bild geben, als man es bisher gewohnt gewesen ist. Neue Männer haben nun die Arbeit zum Wohle von Stadt und Land übernommen, und sie werden gewiß, wie auch in früheren Zeiten, bald die Erfahrung machen, daß man, vom Rathause zurückkehrend, gewöhnlich mehr weiß, als man vorher gewußt hat, und daß der alte Saarbrücker Ausspruch wieder zur Geltung kommt: „Wo hätt' ich denn gedenkt, daß es so o we so ehrlich zuging!“ Der Verlauf der einzelnen Sitzungen in den verschiedenen Gemeinden und Städten sowie der Verlauf der abgehaltenen Kreistagsitzungen beweisen jedenfalls, daß zunächst sehr viele Worte gewechselt worden sind. Die neugewählten Stadtverordneten von Saarbrücken traten an dem alten historischen Ehrentage, am 6. August, zu der ersten Sitzung zusammen, waren aber infolge der stattgehabten Ausweisungen nicht vollzählig. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der kommissarische Bürgermeister Hobohm eine Erklärung ab, die ganz gewiß wieder ein Beweis dafür ist, was die französische Saarregierungskommission unter „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ versteht. Der kommissarische Bürgermeister erklärte nämlich folgendes: „Mir ist seitens der Regierungskommission des Saargebietes die Weisung zugegangen, daß die heutige Versammlung stattfinden darf. Anfragen oder proklamatorische Äußerungen über den Streit oder sonstige politische Fragen dürfen nicht gestellt oder erörtert werden. Sollte diesen Bedingungen nicht entsprochen werden, alsdann möchte ich mich zu meinem größten Bedauern für verpflichtet halten, die Versammlung zu schließen und aufzuheben.“ Diese Erklärung rief große Entrüstung hervor und veranlaßte mehrere Stadtverordnete zu einem recht entschiedenen Einspruch. Die Sitzung dauerte bis in die Nacht hinein, ohne daß besonders wichtige Sachen erledigt worden wären. Die erste Sitzung des Saarbrücker Kreistages brachte gleich eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien, so daß sich Herr Landrat Dr. Vogeler zu der Mahnung veranlaßt sah, die Parteigegensätze nicht auf die Spitze zu treiben und einen Ton anzuschlagen, der nicht persönlich verlegend wirkte. Für uns hier im Saargebiet sei dringende Notwendigkeit, das Trennende zurückzudrängen und das Einigende in den Vordergrund zu stellen. (Bravo! D. Schriftl.) — Sodann nahm der Kreistag „als gewählte Vertreter des Volkes“ Stellung zu den kürzlich wieder zahlreich erfolgten Ausweisungen und beschloß, die Saar-Regierung zu ersuchen, daß die vorgenommenen Ausweisungen sämtlich wieder rückgängig gemacht und zukünftig Ausweisungen nicht mehr vorgenommen werden. — Der neugewählte Kreistag von Ottweiler faßte unter anderem einstimmig ebenfalls folgende Entschließung:

„Der Kreistag beschließt bei der Saarregierung dahin vorstellig zu werden, daß die aus Anlaß der Streiks vom März 1919, Oktober 1919 und August 1920 aus dem Saarrevier ausgewiesenen Personen wieder restlos in die Heimat zurückkehren können und daß ihnen im Sinne der Gerechtigkeit Gelegenheit gegeben wird, sich öffentlich zu verteidigen, da sich viele der Ausgewiesenen keiner Schuld bewußt sein wollen und daß den aus diesen Anlässen Bestraften die Strafe erlassen wird.“ Ähnliche Entschließungen liegen aus vielen anderen Gemeinden- und Stadtverordneten-Sitzungen vor. — Die Lage der Gemeinden, Städte und Kreise in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht ist im Saargebiet keine rosig, und die darüber erstatteten Berichte geben ein recht trauriges Bild für jetzt und für die Zukunft. Die Wohnungsnot ist überall noch sehr groß. In Saarbrücken allein sind zurzeit 3000 Personen, denen es an Wohngelegenheit fehlt. Die Finanzlage der verschiedenen Straßenbahnen ist eine überaus schlechte, geradezu hoffnungslos. — Die Regierungskommission hat verordnet, daß die Neuwahlen der Bürgermeister, der Beigeordneten, der Gemeindevorstände und Kreisdeputierten bis zum 1. September zu erfolgen haben. Die Legislaturperiode der berufsmäßigen Bürgermeister beläuft sich auf drei (!) Jahre, alle Gewählten können nur mit Genehmigung der Regierungskommission gewählt werden. — Von besonderem Interesse dürfte es sein, daß die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken zum Bürgermeister den demokratischen Stadtverordneten Köhl wählte. Bei der Regierungskommission soll beantragt werden, ihm den Oberbürgermeistertitel zu verleihen. Köhl erhielt 32 Stimmen, der von der Zentrumsparlei vorgeschlagene Landrat Dr. Vogeler, Saarbrücken, 18 Stimmen. Gewählt wurde zum zweiten Beigeordneten der mehrheitssozialdemokratische Parteivorsitzende Valentin Schäfer, gemäß dem liberal-demokratisch-sozialistischen Parteiabkommen. Einstimmig gewählt wurde zum Ersten Beigeordneten der bisherige kommissarische Bürgermeister, Stadtbaurat Hobohm, zum fünften Beigeordneten der von der Zentrumsparlei vorgeschlagene Stadtschreiber Gerkarz. Beim Vorschlag des sechsten Beigeordneten kam es zum offenen Skandal in der Fraktion der Unabhängigen. Gewählt wurde der von der Minderheit der Unabhängigen präsentierte Gewerkschaftssekretär Thamerus. — Die deutsche Regierung hat an Stelle des Oberstleutnants Frhrn. v. Anlander den Landrat Schwebel von Meisenheim zum Vorsitzenden der deutschen Grenzregulierungskommission für das Saargebiet ernannt. Landrat Schwebel war schon bisher Herr von Anlander als Mitarbeiter zugeteilt. Die Abberufung des Oberst Frhrn. von Anlander, die infolge der Haltung der Ententeregierungen erfolgte, wahrscheinlich weil ihm seinerzeit die großartigen Kundgebungen gebracht worden sind und er als deutscher Offizier darauf bestand, seine Uniform tragen zu dürfen, wird bei der deutschen Bevölkerung des Saargebiets allgemein Bedauern auslösen. — Die durch Flieger Geschädigten des Saargebiets beschloßen in einer Völklinger Versammlung, sich zusammenzuschließen und auf baldigen Erlaß eines Entschädigungsgesetzes hinzuwirken. — Von verschiedenen Spendern aus Amerika sind für Saarbrücken durch Vermittelung des Zentral-Komitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz erneut Liebesgaben eingegangen, so daß in den letzten Tagen insgesamt 264 Kisten (je 48 Dosen) Milch zur Verteilung an unterernährte Kinder der hiesigen Stelle überwiesen wurden. Die Milch ist als Liebesgabe unentgeltlich frachtfrei gelandt. Ausgaben entstanden nur durch den französischen Zoll, der für die bleibenden Sendungen 1045,70 Franken beträgt. Für eine frühere Liebesgabensendung von 65 Kisten mußten 4372,24 Mark gezahlt werden. Alle Bemühungen zur zollfreien Einfuhr amerikanischer Liebesgaben und zur Erstattung des letztgenannten Betrages haben bis heute noch keinen Erfolg gehabt. Es

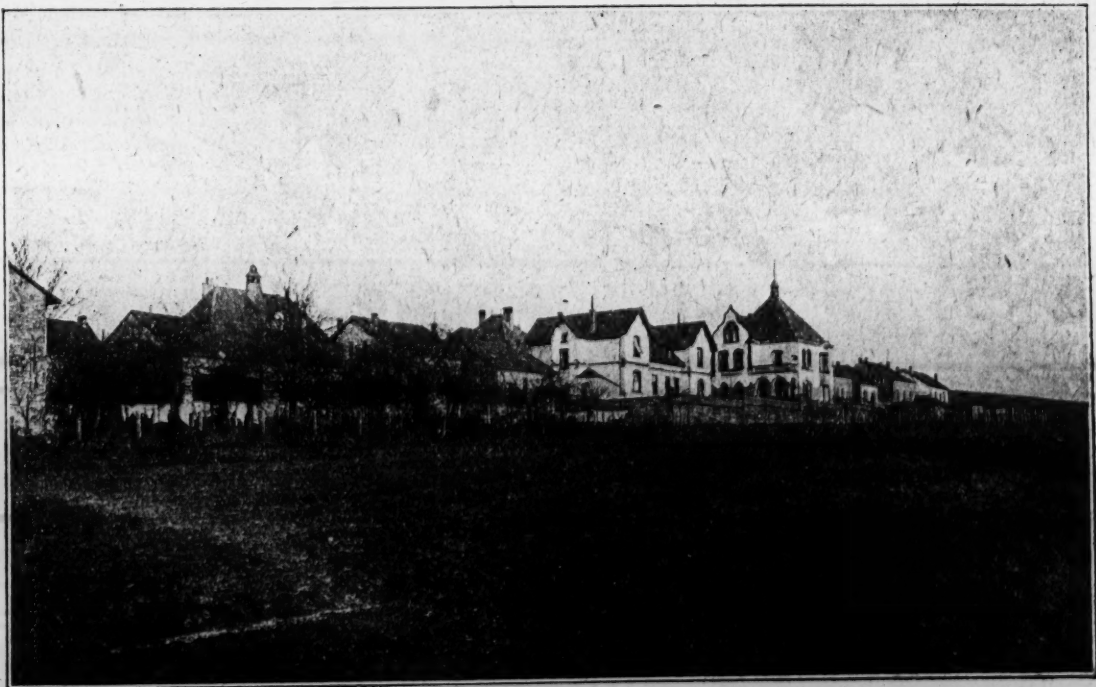
steht jedoch zu hoffen, daß die Zollobträge wieder zur Erstattung gelangen, da den Sendungen sonst der Charakter als Liebesgabe genommen wäre. — Die erste spartakistische Versammlung, welche unter dem Deckmantel „Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten“ es fertig gebracht hatte, sogar die Rede-erlaubnis für einen rechtsrheinischen Redner zu erhalten, was sonst im Saarstaat von den Franzosen nicht erlaubt wird, fand am Sonntag, dem 30. August, hier statt. Selbstverständlich ging es dabei sehr lebhaft zu, da eine große Mehrheit der Versammlungsteilnehmer, etwa 200 an der Zahl, den Rummel nicht mitmachen wollten. Außer einer maßlosen Hege gegen Deutschland, den Kapitalismus und Militarismus, sowie einer Verherrlichung der Weltrevolution usw. war von den Rednern der Internationale nichts zu hören und war insolge dessen das Erstaunen des Referenten sehr groß, hier bei der Mehrheit keine Liebe für seine Idee zu finden. Als nach der Diskussion die Opposition den Saal verließ, blieb nur ein kleines Häuflein Getreuer, etwa 30 Männlein, zurück. — Die Familien der früher bei der Eisenbahndirektion Saarbrücken nach der Trennung des Bezirks in Trier beschäftigten Eisenbahnbeamten müssen auf Befehl der Saarregierung spätestens bis zum 15. September Saarbrücken verlassen. — Die „Volksstimme“ schreibt über „Le Nouveau Courrier de la Sarre und die deutsche strupellose Geschäftstüchtigkeit“: Heute werden gegen einen gewissen, sich hier breitmachenden Geist Protest- und Generalstreiks durchgeführt, an denen selbst jeder Geschäftsmann bis herunter zum Straßenverkäufer teilnimmt, und morgen unterstützen eben dieselben Geschäftsleute den gestern bekämpften Geist in seinem doppelzügigen Organ („Saarkurier“) durch gutbezahlte Inserate. Nicht etwa in deutscher Sprache, nein, es muß französisch sein. Kann es auch der biedere Meister vom Badtrog selbst und seine Kundschaft gar nicht lesen — „so ein bißchen französisch wirkt doch gar zu schön“. Wie weit die Strupellosigkeit getrieben wird, erfährt man aus der „Saarkurier“-Nummer vom Donnerstag. Mehr als ein Duzend „Café et Pâtisserie“-Besitzer aus Sulzbach, Friedrichsthal, Neunkirchen usw. halten es für richtig und wichtig, sich in französischer Sprache zu empfehlen. Und daß die Straßen französisiert sein müssen, versteht sich am Rande. Da wird aus der Sulzbacher Hauptstraße eine Rue principale, aus der Neunkirchner Stummstraße eine Rue de Stumm usw. Warum man nicht auch gleich aus Neunkirchen neufügige macht? Kommt hoffentlich bald. Und Sulzriver, wie wäre das schön? Es ist eine Verhöhnung des Volkes in diesen drei ausgesprochen nur deutschen Arbeiterdörfern, den Leuten mit Inseraten zu kommen wie jener Philipp Hübchen, Neunkirchen-Sarre, der sein Café et Pâtisserie auf dem Marche superieur Nr. 11, auf diese Weise empfehlen zu müssen glaubt. Wo, zum Teufel ist das männliche Selbstbewußtsein, das Volksbewußtsein? Die eigenen Landsleute werden ausgepöbelt, und nach dem Westen fahndet man! (Diesen nur gerechten aus deutschem Empfinden heraus geschriebenen Worten muß jeder Deutsche beipflichten. D. Red.) — Der Gemeinderat von Neunkirchen beschloß einstimmig, die Regierungskommission zu bitten, die zur Bürgermeisterei Neunkirchen gehörigen Gemeinden Niederneunkirchen, Kohlhof und Wellesweiler mit Neunkirchen zu vereinigen und diesem Großneunkirchen die Städteordnung zu verleihen. Die genannten Orte gehören geographisch, wirtschaftlich und kulturell zusammen. Das Ausscheiden aus dem Kreise Ottweiler solle damit gegeben sein. Erwartet wird und erwünscht sei auch der baldige Anschluß des nahe gelegenen Wiebelskirchen. — Die Saar-Marken sind noch gültig. Bis zum 15. September dürfen sie noch zur Freimachung von Postsendungen benutzt werden. Ein Umtausch der Marken am Schalter findet nicht statt. —

* Der älteste Bürger Saarbrückens, Herr Kaufmann Ferdinand Garell, vollendete sein 91. Lebensjahr in bester geistiger und körperlicher Rüstigkeit. Der bestens bekannte alte Herr ist im Jahre 1829 in Alt-Saarbrücken geboren, seine Eltern wohnten in der heutigen

Wilhelm-Heinrich-Straße. Mit Befriedigung kann Garell auf sein Lebenswerk zurückblicken. In der Öffentlichkeit trat der alte Herr wenig hervor, er lebte nur seinem Berufe und seiner Familie. Dagegen war er ein eifriger Verehrer des Turnens und Freund der Natur. Garell ist Mitbegründer des Turnvereins Saarbrücken von 1848, ihm gehört er als Ehrenmitglied an. Trotz seines hohen Alters arbeitet Garell heute noch tüchtig, und seine Rüstigkeit verdankt er wohl seiner Liebe zur freien Natur. Mehr als vierzig Jahre hindurch machte er bei einigemmaßen erträglicher Witterung seinen gewohnten Spaziergang über den Triller. Wenn er dann, mit einem Blumensträußchen im Knopfloch, zurückkehrte und man ihn fragte: „Woher so früh?“, antwortete er stolz: „Ich komme von Dr. Triller!“ Dieser Dr. Triller, der heute noch dort oben seine Praxis ausübt, verhalf unserem Mitbürger zu seinem hohen Alter.

Vereine. In Mettlach wurde eine Ortsgruppe des Schutzvereins für Handel und Gewerbe im Saargebiet gegründet. Man erkennt allmählich überall, auch in den kleineren Orten, daß ein Zusammenschluß und gemeinsame Vertretung der Interessen aller Berufsstände zum Ziele, zu einer Verbesserung der Wirtschaftslage, führen kann. — Die Ortsgruppe Saarbrücken des deutschen Eisenbahnerverbandes hielt am 22. August eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde über den Ausschluß des Eisenbahnchloßers Karl Schlachter beraten. Gewerkschaftssekretär Thamerus ist nach Prüfung des Materials zu dem Schluß gekommen, daß ein weiteres Verbleiben des Sch. wegen seines Verhaltens während des Streikes im Verbande nicht geduldet werden könnte. Ueber die Tagesfragen der Eisenbahner hielt Thamerus eine 1½stündige Rede. Besiegt, nicht überwunden seien sie durch die letzte Aktion. Die Besatzungszulage sei nötig, da die Eisenbahner noch heute in sehr schwierigen Verhältnissen leben. Besondere Verwahrung sei gegen die Requisition der Eisenbahner einzulegen. Auf den letzten Streik zu sprechen kommend sagte er: „Wir haben keinen Weg unbeschritten gelassen, die Beamtenfrage im demokratischen Sinn zu lösen.“ Die kümmerlichen Rechte, die der Friedensvertrag ihnen noch gelassen hätte, dürften nicht noch mehr verkürzt werden. Er wandte sich zum Schluß nachdrücklich gegen die Auffassung, daß ein Putsch gegen die Sicherheit des Saarstaates beabsichtigt gewesen sei. — Großen Erfolg hatte die Saarbrücker (St. Johanner) Turnerschaft auf dem deutschen Feldbergturnfest. Sie hat am besten aus dem ganzen Gau abgeschnitten und allein sechs Preise erzielt, die Beteiligung war sehr stark, und die Besten aus dem ganzen Reiche vertreten. — Der Schwimmverein Saarbrücken veranstaltete am Sonntag gemeinsam mit den benachbarten Vereinen im Volkshaus des städtischen Deutschmühlenbades sein diesjähriges Abschwimmen.

Personalien, Ernennungen: Der Vorsitzende des Staatssteueramtes in Saarbrücken, bisherige Reg.-Assessor Fischer, und sein ständiger Vertreter, bisheriger Regierungsassessor Dr. Neß, sind vom deutschen Reichspräsidenten zu Regierungsräten ernannt worden; Regierungsrat Tils, der bisher auftragsweise mit der Leitung der Abteilung „Handel und Gewerbe“, der Re-



Beamten- und Arbeiterhäuser in Bedingen.

gierung des Saargebiets betraut war, ist endgültig in diese Ab-
teilung berufen worden; Oberbaurat Biedermann in Saar-
brücken ist aus dem Dienste der Saarbahnen ausgeschieden, als
Vertreter hat Oberregierungsrat Fr. Fischer die Leitung der
Eisenbahndirektion übernommen; der Landjägermeister Julius
Schmidt in Saarbrücken ist einstweilen bis zur Ernennung
eines Saarlandjägersrates mit dem Kommando des Saarland-
jägerskorps beauftragt worden. Gleichzeitig wurde ihm die Auf-
stellung und Organisation der ersten beweglichen Saarlandjäger-
Abteilung übertragen; die staatlichen Präparandenlehrer
Friedrich Meyer und Eduard Wüsten zu staatlichen Seminar-
lehrern in Merzig; der Fahrhauer Joseph Peters von der
Grube St. Ingbert zum Steiger; zum provisorischen Bürgermeister
der Bürgermeisterei Saarwellingen das Gemeinderatsmitglied
Nikolaus Klah; der Notariatsbuchhalter Ludwig Mennert in
Bierbach zum Notariatssekretär in Bliestal; Materialverwalter
Schmitt von Mittelbergbach zum Verwaltungsinspektor und Auf-
seher Ehardt zum Oberwerkführer; die Fahrhauer Barth,
Haas, Balcher und Hasterneufel der Grube Friedrichs-
thal zu Steigern, die Eisenbahninspektoren Rheinländer,
Schumacher, Rommlich, Pulewka, Schmidt,
Unger, Herfurth, Wegner und Becker in Saarbrücken
zu Hilfsdezenten der Eisenbahndirektion; die Weichensteller
Schmick, Göhl, Steffen in Saarbrücken, Biewer in
Völklingen, Berg in Mettlach, Schilz in Nalbach, Lingler
in Gersweiler, Scheur in Tholey, Maas in Dudweiler,
Schmitt in Altenwald, Böttländer in Burbach, Schmitt
in Bedingen, Reuter in Wustweiler und Hüschweiler in
Neunkirchen zu Eisenbahn-Unterassistenten; der Studienassessor
Karl Menke als Oberlehrer am Realgymnasium Dillingen;
Kreis Syndikus Paque aus St. Wendel als Notar nach Ottweiler.

Todesfälle: Bernhard Werner, Hauptkassierer der Hal-
bergerhütte, 56 Jahre; Friedrich Schmeer, 44½ Jahre; Karl
Friedrich Hodapp, Rentner, 76 Jahre; Frau Witwe Luise
Dahn, geb. Wild, 75 Jahre; Andreas Schlicher, Bankbeamter,
34 Jahre; Thomas Dauer, Architekt, 55 Jahre; Ludwig San-
der, Mechaniker, 24 Jahre; Georg Kahl, 60½ Jahre; Georg
Erb, Zahntechniker, 20 Jahre; Peter Meißner, 52 Jahre;
Julius Feidert, Kanzleihilfe, 44½ Jahre; Gotthelf Fer-
dinand Günther, 84 Jahre; Frau Anna Bohr, geb. Ambos,
46 Jahre, Saarbrücken; Joh. Matth. Schmeer, Gast-
wirt, 55 Jahre, Bischmisheim; Frau Luise Müller,
geb. Hafner, Fürstenhausen; Richard Samson, Ver-
waltungsgehilfe, 27 Jahre, Völklingen; Frau Maria Graf,
geb. Fuhrmann, 27 Jahre; Nikolaus Wirth, Rentner,
72 Jahre, Fraulautern; Georg Wilhelm, penj. Berg-
mann, 84 Jahre, Griesborn; Fräulein Antonia Maria Maurer,
20 Jahre, Bedingen; Ludwig Becker, 52 Jahre, Völklingen;
Michel Joseph Wahlen, 73½ Jahre, Merzig; Ludwig Neu-
schwander, Bergmann, 50 Jahre; Frau Maria Henninger,
geb. Kruh, 52 Jahre; Johann Joseph Andres, 80 Jahre; Bern-
hard Ritter, penj. Hüttenarbeiter, 79 Jahre; Christian Tie-
fenwert, penj. Hüttenarbeiter, 70 Jahre; Friedrich Frank,
51 Jahre; Frau Alma Urig, geb. Schirra, 25 Jahre; Georg
Bischof, penj. Bergmann, 56 Jahre; Otto Schwin, Berg-
arbeiter, 17 Jahre; Ludwig Sid, 50 Jahre; Karl Remy,
43 Jahre; Fräulein Henriette Wenkel, 74 Jahre; Emil
Geisel, Klempner, 25 Jahre; Ludwig Höfner jr., Kauf-
mann, 38 Jahre; Frau Katharina Zimmer, geb. Anshüh,
58 Jahre, Wellesweiler; Felix Frenzel, Eisenbahnschlosser,
22 Jahre, Wiebelskirchen; Jakob Stumm, penj. Bergmann,
75 Jahre; Frau Marg. Müller, geb. Fuchs, 47½ Jahre, Schiffs-
weiler; Karl Bier († infolge eines Unglücksfalles), 51 Jahre;
Fräulein Magdalena Träm, Lehrerin, 51 Jahre; Mol. Konrad
Thome, 74 Jahre, Landsweiler; Ludwig Leibrock, Schneide-
meister, 71 Jahre, Limbach; Dr. Oskar August, Rechtsanwalt,
30 Jahre, St. Ingbert; Peter Schrott, Kaufmann, 60 Jahre,
Völklingen; Friedrich Michler sen., 66 Jahre, Ackerer, Herchen-
bach; Franz Molitor, Schlossermeister, 80 Jahre, Merzig; Frau
Witwe Karl Rauch, Sophie, geb. Hör, 74 Jahre, Neunkirchen;
Johann Reck, 68 Jahre; Andreas Scheidhauer, Pensionär,
65 Jahre; Frau Sophie Göddel, geb. Lander, 62 Jahre, Wie-
belskirchen; Heinrich Pad, 26 Jahre, Alfassen; Max Böhl,
30 Jahre, Homburg; Fräulein Barbara Simon, 23 Jahre; Joseph
Martin, 71 Jahre; Heinrich Seegmüller, 63 Jahre, Fehlingen;
Adam Hartmann, 68 Jahre, Alarenthal.

Pfalzgebiet. Nachdem der bayerische Landtag das
Beamtenbesoldungsgesetz angenommen hat, wird die Besol-
dungsreform für die Beamten im pfälzischen Teile
des Saargebietes entsprechend diesem Gesetze und in sinne-
mäßiger Anwendung der Verordnung vom 23. Juni 1920, betr.
die teilweise Durchführung der Besoldungsreform im Saargebiet
mit Wirkung vom 1. März 1920 ab durchgeführt. —
Wegen der Kohlenbelieferung des Elektri-
zitätswerks Homburg hatten Vertreter der Landes-
kohlenstelle München in Berlin eine eingehende Besprechung
mit leitenden Persönlichkeiten der Reichskohlenstelle.

Das Ergebnis war: Die nach badischen Werken für die
Aushilfsstromversorgung der Pfalz gelieferten Kohlenmengen
werden dem Homburger Elektrizitätswerk zugeleitet und die da-
für notwendige Ausfuhrbewilligung vom Reichskohlenkommissar
erteilt. Außer diesen Steinkohlenmengen werden noch, soweit
verfügbar, Briketts, und, wenn nicht anders möglich, Rohbraun-
kohlen geliefert, so daß im großen und ganzen das Homburger
Werk in die Lage gesetzt wird, die Stromversorgung seiner Ab-
nehmer in dem Maße sicherzustellen, als dies bei den übrigen
Elektrizitätswerken rechts des Rheines der Fall ist. — Hier wie
überall in der Pfalz ist man ergötzt über die erfreuliche Fort-
setzung der „Methoden“ des Obrigkeitstaates auch im neuen
demokratischen Staat Bayern, denn aus diesem dringt über den
Rhein herüber die fröhliche Kunde, daß neue Titel den
Herren Beamten teils bereits verliehen wurden, teils noch
winken. Die Bezirksamtsassessoren sind sämtlich Bezirksamts-
männer geworden, die Bezirksamtmänner Regierungs- oder
Oberregierungsräte, die Rentamtmänner Regierungsräte, die
Forster wurden Forstverwalter, die Reichsbankbuchhalter Reichs-
bankinspektoren, die Rentamtsdiener Steuerbetriebssekretäre
(Steuerbetriebssekretäre wäre richtiger gewesen!), die Amts-
gerichtssekretäre, ob sie nun geprüft sind oder nicht, Obersekretäre,
und so fort, um nur einige Beispiele herauszugreifen. Das Er-
freuliche bei der Sache ist, wenigstens für die Herren Beamten,
daß mit den neuen Titeln auch neue Mittel vom Vater Staat
gewährt wurden. In Eisenbahnerkreisen, wo man besonders guten
Humor trotz allen Drucks der Zeiten behalten hat, will man jetzt
vorschlagen, daß die Turmwärter zu Turmräten er-
nannt werden, und die Boten bei Eisenbahn und
Stadt sollen zu Laufräten befördert werden —
man lebt nun mal in der Rätezeit.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Das Ausfuhrbewilligungsverfahren.

Die von den deutschen Reichsbehörden bislang geforderte
Einschaltung der Berliner Zweigstelle der Handelskammer zu
Saarbrücken in das Ausfuhrbewilligungsverfahren
nach dem Saargebiet ist fortan in keinem Falle erforderlich.
Künftig sind sämtliche Anträge auf Ausfuhrbewilligung nach dem
Saargebiet bei den einzelnen ausfuhrbewilligenden Stellen, d. h.
den Außenhandels- und Zentralstellen im unbesetzten Deutschland,
deren Vertretungen im besetzten Gebiet (Köln), den Delegierten
des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Köln,
Karlsruhe, Stuttgart und München und dem gemeinsamen Dele-
gierten des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein-
und Ausfuhr, Herrn Pagenstecher in Saarbrücken, unmittelbar
einzureichen und zwar jeweils im Rahmen ihrer sachlichen Zu-
ständigkeit. Das auf einer Anordnung des Reichswirtschafts-
ministeriums beruhende Berechtigungschein-Verfahren wird in
sehr erheblichem Umfange eingeschränkt. Es ist von allen Stellen der
deutschen Außenhandelskontrolle zugesagt worden, daß die Anträge
nach dem Saargebiet mit besonderem Wohlwollen und in jeder
Weise, besonders auch zeitlich bevorzugt und erledigt
werden. Auch ist in allen Fällen die Belieferung des Saargebietes
zu deutschen Inlandspreisen (nicht deutsche Ausfuhrmindestpreise)
gewährleistet. Daher findet auch in keinem Falle mehr in irgend-
einer Form eine Preisprüfung der Saarträge statt. Sämtliche
Preisprüfungsstellen sind deshalb weiterhin mit Ausfuhranträgen
nach dem Saargebiet nicht mehr zu befallen. Die gerade hierdurch
gegebene Ursache zur Verlangsamung des Ausfuhrbewilligungs-
verfahrens in der zurückliegenden Zeit ist damit behoben. Die
gesamte Ausfuhr aus dem Reich nach dem Saargebiet ist frei
von der deutschen Ausfuhrabgabe.

Sonstige wirtschaftliche Nachrichten.

Die pfälzische Handelskammer fordert auch in
ihrem soeben erschienenen Jahresbericht ihre Angehörigen auf,
dem Saargebiet während der 15 Jahre der Trennung von Deutsch-
land in allen Ein- und Ausfuhrfragen in weitgehendstem Maße
entgegenzukommen. Zu diesem Zwecke hält man die Ein-
setzung eines besonderen Delegierten des Reichs-
kommissars für die Pfalz für notwendig, um den besonders engen
Verknüpfungen gerade der Pfalz mit dem Saar-
gebiet Rechnung tragen zu können. — Ab 16. August trat bei
der Abfertigung von Waren, die nach dem Ausland aus-
geführt werden sollen, folgende Neuerung in Kraft: die Versender
haben bei Frachtsendungen sowohl bei den Ausfuhrerklä-
rungen, als auch den Frachtbriefen und bei Wert-
sendungen auf der Ausfuhrerklärung einen Ver-
merk anzubringen, aus dem ersichtlich ist, bei welcher Zoll-
behörde die Ausfuhrbewilligung hinterlegt ist. —
In einem Artikel des „Neuer freier Journals“, der auch im
„Neuen Saarländer“ Aufnahme gefunden hat, wird Propaganda
für einen Schiffsahrtsweg zwischen der Saar und dem Mittelmeer
gemacht. Der Weg soll über Straßburg durch den Rhein-Rhone-

kanal gehen. Der Kanal würde ein neues Glied in der Kette der wirtschaftlichen Angliederung des Saargebietes an Frankreich sein. — Auf Grund einer Verordnung der Regierungskommission ist eine Gebühr von 20 M. zu zahlen für jede Tonne Kohlen, die vom Hafen Saarbrücken-Malstatt auf dem Wasserwege zur Ausfuhr gelangt. — Infolge Lohn Differenzen ist die gesamte Belegschaft der Oldenburger Glashütte in Friedrichsthal in den Ausstand getreten. — In der Hütten- und Metallarbeiterindustrie des Saargebietes scheint die Lohnfrage wieder aufgerollt zu werden. Der christliche Metallarbeiterverband an der Saar richtet an den Arbeitgeberverband des Saargebietes eine Eingabe, nach dem die seitens der Arbeitgeber gewährten Zulagen die Arbeiterkreise in keiner Weise befriedigen. Es müsse auch daran gedacht werden, sich in bescheidenem Maße für den Winter einzudecken. Die Kohlen seien unermesslich teuer, an eine Beschaffung von Kleidern, Wäsche und Schuhwerk sei gar nicht zu denken. — Die französische Handelskammer in Saarbrücken gibt bekannt, daß sie demnächst ein Zweigbüro in Paris einrichten werde, um über alle Fragen des Handels zwischen dem Saargebiet und Frankreich, insbesondere Ein- und Ausfuhr beschleunigt verhandeln zu können. Ein Mitglied der Kammer wird sich nach dem zerstörten Nordfrankreich begeben, um das Maß und die Form zu studieren, unter der die Industrie und der Handel des Saargebietes für den dortigen Wiederaufbaubedarf in Anspruch genommen werden können. — Saarländische Personenkraftwagen werden beim Ueberschreiten der deutschen Zollgrenze als Ausländische behandelt und dementsprechend versteuert, da das Saargebiet seit 10. 1. 20 gemäß Friedensvertrag als Zollausland gilt. Hiervon sind ausgenommen Kraftwagen, die vor dem 1. 4. 20 für Rechnung des Reiches versteuert wurden, bei denen die betreffenden Steuern jedoch noch nicht abgelassen

Wer die Saarheimat liebt,

der werbe für den

„Saar-Verein“

und die

„Saarländer Vereinigungen“

Mitglieder

und Sorge für die

Verbreitung des „Saarfreund“!

And. — Die süddeutschen Lederwerke in St. Ingbert haben infolge der stark gestiegenen Betriebskosten beschlossen, das Aktienkapital von $\frac{1}{2}$ Millionen Mark auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark zu erhöhen. — Eine französische Dienststelle für Ein- und Ausfuhrbewilligungen für das Saargebiet ist auf die Bemühungen des Präsidenten Kault mit dem Sitz in Saarbrücken errichtet worden und befugt, Ausnahmen von den französischen Ein- und Ausfuhrverboten selbständig zu erteilen. An diese Stelle, „Service de Derogations“, Neues Landgericht, Zimmer 211, die ihren Dienst am 25. August aufgenommen hat, sind künftig alle einschlägigen Gesuche in vierfacher Ausfertigung zu richten und werden mit größtmöglicher Beschleunigung erledigt werden. Lediglich Gesuche betreffend Vieh, Deluxen und chemische Fette, sind wie bisher in sechsfacher Ausfertigung vorzulegen, da sie an die Pariser Dienststelle weitergeleitet werden müssen. — Ueber Verkehrsschwierigkeiten wird der „R. V.-Ztg.“ von der Saar geschrieben: Die vorläufige Abtrennung des Saargebietes von dem übrigen Deutschland hat auch für die Bewohner des nicht abgetrennten Saargebietes unangenehme Folgen. Sie wären zum Teil zu vermeiden, wenn die Post- bzw. Bahnbeamten darüber aufgeklärt würden, daß zwischen Mettlach, dem letzten größeren Orte des Saarlandes, und Trier noch eine erhebliche Zahl von Orten ist, die zwar an der Saar, aber nicht im „Saarlande“ liegen. Die Folge ist, daß z. B. die Annahme einfacher Postpakete nach diesen Orten hartnäckig verweigert wird, daß während des kürzlichen Streiks im Saarlande Briefe und Postkarten zurückgehalten wurden, obwohl mit der postalisches vorgeschriebenen Bezeichnung versehen, bloß weil das unglückliche Wort Saar darin vorkam. Schlimmer noch ist, daß die amtlichen Auskunftstellen an den großen Bahnhöfen des Westens in den Streiktagen überhaupt keine Auskunft über den Eisenbahnverkehr zwischen Trier und diesen Saarorten geben konnten, oder sogar falsche, nachdem der Zustand mehrere Tage dauerte.

Vom Saarbergbau.

Aus dem Saargebiet ausgewiesen.

Der Präsident Kault hat namens der Regierungskommission dem bisherigen Vorsitzenden der Preussischen Bergwerksdirektion folgendes Schreiben zugehen lassen: „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich unterm 25. Juni den Minister des Auswärtigen Amtes in Berlin benachrichtigte, die Preussische Bergwerksdirektion (Abwicklungsstelle) in Saarbrücken und die Deutsche Bergwerkskommission in Saarbrücken müßten bis zum 1. September 1920 ihre Arbeiten hier zum Abschluß gebracht haben und zu diesem Zeitpunkte das Saargebiet verlassen mit den höheren und unteren Beamten. Die Anwesenheit von Beamten im Saargebiet, die unmittelbar der deutschen oder preussischen Regierung unterstellt sind, steht im Widerspruch mit dem Friedensvertrage und verursacht große Schwierigkeiten. Ich ersuche Sie, zur Ausführung dieses Beschlusses die nötigen Maßnahmen ergreifen zu wollen.“

Den Bergbeamten im Saargebiet ging aus Paris ein Brief des Inhaltes zu, daß alle streikbeteiligten Beamten vom 7. August sich als des Dienstvertrages erledigt zu betrachten haben. Der Bergverwaltung sei es jedoch anheimgestellt, einer gewissen Anzahl von Bergbeamten Entgegenkommen zu gewähren. Der Wortlaut dieses Briefes ist folgender:

„Beschuß des Sous-Secrétaire d'Etat des Mines et des Forces Hydrauliques. Der Sous-Secrétaire d'Etat des Mines et des Forces Hydrauliques verfügt: Auf Grund der Dienstfakung für die deutschen Angestellten der französischen Verwaltung der Saarkohlengruben vom Januar 1920, mit den Berechtigungen vom 25. Februar und vom 10. April d. J. und besonders auf Grund der Artikel 3 und 26, und in Rücksicht darauf, daß, gemäß dem Artikel 3 der erwähnten Dienstfakung, die bei den Saarkohlengruben beschäftigten ehemaligen mittleren und unteren Beamten des preussischen oder bayerischen Bergfiskus, durch die französische Verwaltung nur insoweit, als während der gegenwärtigen Uebergangsperiode vorläufig in ihrem Dienst angestellt betrachtet wurden, als die betreffenden auf ihrem Posten verbleiben würden, daß eine große Anzahl dieser Angestellten ohne irgendwelche vorherige Anmeldung und ohne daß sie irgendwelche Forderung formuliert hatten, ferner trotz den durch die Grubenverwaltung früher erfolgten Ermahnungen, am 7. August d. J. die Arbeit plötzlich eingestellt haben, und zwar zum einzigen von ihren Leitern eingestanden Zweck, sich mit den Beamten der Saarregierung solidarisch zu erklären, die am 6. August in Ausstand getreten sind, daß, übrigens, die besonderen Vorrechte, die durch die oben erwähnte Dienstfakung zugunsten der ehemaligen Staatsbeamten des preussischen bzw. bayerischen Bergfiskus, soweit sie zur Zeit der Bestreikung der Saarkohlengruben durch den französischen Staat bei diesen Gruben beschäftigt waren und in ihren Posten verblieben sind, eingeräumt wurden, auf die später aufgenommenen Angestellten keine Anwendung finden; Artikel 1: In Ausführung der Bestimmungen des Artikels 3 der vorerwähnten Dienstfakung wird jeder Angestellte der Saarkohlengruben, der am 7. August oder in den folgenden Tagen an dem Streik der Beamten der Saarregierung teilnahm, nicht weiter als im Dienst der französischen Verwaltung der Saarkohlengruben stehend betrachtet werden. Demgemäß behält sich diese Verwaltung das Recht vor, eine gewisse Zahl solcher Angestellten in ihrem Dienst nicht beizubehalten. Demgemäß auch werden die Angestellten, welche an dem erwähnten Streik teilgenommen haben und welche, aus Entgegenkommen, im Dienste der französischen Verwaltung der Saarkohlengruben etwa beibehalten werden, der Vorrechte verlustig sein, welche die vorerwähnte Dienstfakung zugunsten der ehemaligen Staatsbeamten des preussischen bzw. bayerischen Bergfiskus eingerichtet hat. Artikel 2: Der Generaldirektor der Saargruben wird, kraft der Bestimmungen des Artikels 4 der Dienstfakung neue Angestellten nach den dienstlichen Bedürfnissen aufnehmen und ernennen. Paris, den 10. August 1920.“

Die Folge des Beschlusses war, daß 47 Grubenbeamte entlassen wurden. Nach einer neuen Meldung unterhandelte die Bergwerksdirektion unter Hinzuziehung der drei aus Paris eingetroffenen Regierungsvertreter über deren auch von den Bergarbeiterorganisationen erbetene Wiederanstellung. Am

23. August fanden auf der Bergwerksdirektion zwischen den beiden Vertretern der Saarbrücker Bergarbeiterorganisation, der französischen Bergverwaltung und einer Pariser Kommission Verhandlungen über die entlassenen Grubenbeamten statt. Herr Ruhnen und Herr Fetterich vertraten den Standpunkt, daß die entlassenen Steiger unter allen Umständen wieder eingestellt werden müßten. Beide Organisationsvertreter baten die Pariser Kommission, mit allen Mitteln in Paris dahin zu wirken, daß die während und nach dem Streik ausgewiesenen Bewohner des Saargebiets wieder in ihre Heimat zurückgerufen würden. Alle Parteien ohne Ausnahme stehen auf dem Standpunkt, daß Landesverweisungen nie und nimmer erfolgen dürfen. Die Kommission versprach, in Paris das Notwendige zu veranlassen.

Der Bund der staatlichen Bergbeamten hat sich infolge der Vorgänge anlässlich des Beamtenstreiks aufgelöst, indem ein Teil der Grubenbeamten bei den christlichen Gewerkschaften, ein anderer Teil bei den freien Gewerkschaften Anschluß suchen will. Die erste Vertreterversammlung der technischen Grubenbeamten, die sich dem neuen Verband angeschlossen haben, hat bereits stattgefunden. Die Vertreter des neuen Verbandes haben mit einer Kommission der französischen Regierung auf der Bergwerksdirektion eine Besprechung gehabt. Eine längere Diskussion, an welcher sich Herren fast aller Inspektionen beteiligten, ergab die einmütige Ansicht, daß die Gründung des neuen Verbandes notwendig war. Die weiteren Arbeiten wurden einem provisorischen Bezirksvorstand übertragen. Bis zur Anstellung eines eigenen Geschäftsführers werden die laufenden Geschäfte durch das Landessekretariat der christlichen Gewerkschaften erledigt.

Die Bergleute im Saargebiet hatten sich vor einiger Zeit in Genf an ihre französischen Kameraden gewandt, — siehe „Saarfreund“ Nr. 15 —, daß sich diese für Urlaub bei der französischen Regierung einsetzen möchten. Die französische Bergverwaltung hat nun erklärt, daß sie im Saargebiet nur dann denselben Urlaub wie in Deutschland gewähren würde, wenn er in Frankreich und Lothringen ebenfalls zur Durchführung gelangt sei. Was diese Erklärung bedeutet, kann man ermessen, wenn man daran denkt, wie die französischen Kapitalistenkreise ständig gegen den Achtstundentag heken. — In Herrenlohr hat der neue Arbeitgeber der Saargruben, die französische Grubenverwaltung, mit der Anlage von kleinen sogenannten Bergmannshäuschen begonnen. Bereits ist eine ganze Reihe dieser Häuser für verheiratete Bergleute unter Dach und Fach gebracht worden, um in diesem Jahre noch bezogen zu werden. Inmitten des Ortes ist eine große dreietagige Waschanstalt für die Grubenleute dem Betrieb übergeben worden, die von den Bergleuten fleißig benutzt wird und der Neuzeit entsprechend ausgestattet ist. — Die Saargrubenverwaltung gab bekannt, daß sie während des Beamtenstreiks nicht in der Lage gewesen sei, die Zivilbevölkerung und die Industrie mit Kohlen zu versorgen. — Die meldepflichtigen Industrien werden aufgefordert, ihre Kohlenhöchstmenge für August und September bei der französischen Grubenverwaltung anzumelden. Es soll dadurch wahrscheinlich der Anschein erweckt werden, daß man jetzt versuchen will, die Industrieunternehmen an der Saar nach dem im Friedensvertrage festgelegten Maße des Bedarfs für 1913 mit Kohlen zu beliefern, was bisher seit Beginn der Besetzung nicht der Fall war. — Die Förderung der Saargruben betrug im Mai 709 767 Tonnen. Die Belegschaft sämtlicher Gruben betrug insgesamt 67 545 Tonnen. Bei Uebernahme der Gruben durch den französischen Staat ist eine Vermehrung der Arbeiterzahl um annähernd 5000 zu verzeichnen. Die Gesamtförderung der Gruben während des Jahres 1920 beträgt 3 354 833 Tonnen.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands veröffentlicht in der Tagespresse einen längeren Bericht, der im einzelnen die notwendigen knappschaftlichen Reformen aufzählt. Die dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter angehörenden Knappschaftsältesten haben bereits unter dem 29. April 1920 beim Vorstand des Saarbrücker Knappschaftsvereins die sofortige Einberufung einer Generalversammlung mit der Tagesordnung beantragt: „Abänderung der Satzung des Saarbrücker Knappschaftsvereins vom 15. November 1913“. Im einzelnen wurden etwa 40 Abänderungsanträge gestellt, darunter einige auf bedeutende Erhöhung der Leistungen des Vereins.

Beiträge zur Volkskunde des Saarbrücker Landes.

Von Friedrich Schön, Seminarlehrer, Anklam (Pommern).
Vorwort.

Die Heimatliteratur über das Saarbrücker Land weist, wie neulich in diesem Blatte gezeigt wurde, viele erfreuliche Erscheinungen auf. Indessen fehlt noch eine zusammenfassende Darstellung dessen, was man unter dem Namen „Volkskunde“ begreift. Man versteht darunter die Darstellung der Sitten und Gebräuche eines Volkes bzw. eines Volksteils. Eine solche Darstellung für das Saarbrücker Land zu schaffen, soll nun die Aufgabe einer Reihe von Aufsätzen sein, die unter obigem Titel in diesem Blatte veröffentlicht werden sollen. Die Aufsätze sollen einmal zusammenfassen, was bis jetzt über die einzelnen Stoffgebiete bekannt ist, jedoch so, daß jeder Saarländer aufgefordert ist, Berichtigungen und Ergänzungen zu dem Mitgeteilten zu geben, womöglich und wenn nötig mit Hilfe von Lichtbildern oder Noten. Zunächst ist geplant, folgende Stoffe zu behandeln:

1. Wohnbauten,
2. Sitten und Bräuche,
3. Sagen,
4. Volkslied,
5. Kinderlied.

1. Wohnbauten im Saarbrücker Lande.

Die Kultur des Saarbrücker Landes war ursprünglich eine auf dem Ackerbau fußende. Später trat der Holzbau sehr in den Vordergrund. Unter dem Einflusse der nassau-saarbrückischen Fürsten kamen dann der Bergbau und die Industrie hinzu. Der Ackerbau gab auch den Städten Saarbrücken und St. Johann weit ins 19. Jahrhundert hinein ihr Gepräge. Wenn nun im folgenden von Wohnbauten des Saarbrücker Landes die Rede sein soll, soll nur von den Wohnformen gesprochen werden, wie sie die genannten Kulturformen zeitigten. Zunächst sollen dabei die älteren Formen berücksichtigt werden. Es würde zu weit führen und liegt nicht in der Aufgabe der Volkskunde, moderne Architektenformen beschreiben zu wollen. Das ist Sache der Kunstgeschichte. So mag denn in dieser Arbeit vom älteren Saarbrücker Bürgerhaus, vom Hause des Bauern, Bergmanns und Arbeiters die Rede sein.

Das Alt-Saarbrückener Bürgerhaus war das des Ackerbürgers. In dem Stadtbilde spielten zwar die Häuser der Patrizier und fürstlichen Beamten eine große Rolle. Doch gehören diese auch der Kunstgeschichte an und sind auch schon von Karl Lohmeyer, dem Saarbrücken entstammenden Heidelberger Kunsthistoriker, in seinen verschiedenen Büchern behandelt. Versetzen wir uns im Geiste in eine Saarbrücker Gasse oder in eine solche von St. Johann usw., so werden wir noch heute manchmal als Grundanlage eines solchen Ackerbürgerhauses das der Straße bzw. Gasse (denn in Alt-Saarbrücken wohnte man noch in Gassen [Alt-, Neugasse, Tröschengasse usw.]) zugekehrte Wohnhaus, einen kleinen Hof und darin ein Hofgebäude finden, das im unteren Stockwerk den Kuh- und Schweinestall und darüber den Heustock (das ist Heuspeicher) enthält. Vor oder neben dem Stallgebäude lag dann auch die mit Bohlen bedeckte Dunggrube. Das Wohnhaus war oft nur ein Zimmer breit, wenn nicht der Flur das Haus in zwei Hälften teilte. Der Flur oder Hausgang, wie es in Saarbrücken heißt, führte immer auf den Hof. An einer Seite desselben lief eine auch mit Holz gedeckte Rinne für Abwässer. Der Flur war nach Straße und Hof zu mit einer Tür geschlossen, die in eine obere und untere Hälfte zerfiel. Das hatte den Zweck, daß man das Vieh im Hofe frei herumlaufen lassen konnte und doch Luft in den Flur kam. Es wurde dann eben nur die obere Hälfte der Tür geöffnet, und oft genug kam es vor, daß eine Kuh ihr fluges Gesicht zur Overtüre herausstreckte, um zu sehen, was auf der Gasse vorging. Im Wohnhause befand sich unten zunächst die „Stube“, das Wohn- und Esszimmer des Hauses, in dem sich bei den Mahlzeiten die gesamten Hausgenossen einschließlich Gesellen und Lehrlinge sammelten. Der Boden war noch mit Sand bestreut. Die Wand war vielfach bis etwa zu 1 Meter Höhe mit Holz bekleidet. An den Fenstern waren vielfach sogenannte Tritte, auf denen die Frauen mit ihrer Nahrungsaufbereitung saßen. Von der „Stube“ führte eine Tür in die Küche, deren Charakteristikum ein „Rakenofen“ war, d. i. ein Herd, der aus tiefem Kochherd und daneben gebautem Backofen bestand. Dieser trug auf seiner der Herdplatte zugekehrten Seite eine Rake in Relief, wohl die Fabrikmarke. (Wer weiß, aus welcher Fabrik diese Rakenöfen stammten?) Der Backofen wurde besonders befeuert und diente auch zum Brotbacken. Ueber dem Backofen war noch ein mächtiger Wasserkessel angebracht. Charakteristisch für die alte Küchenausstattung waren die kupfernen Kessel, die zum Obsteinkochen benutzt wurden und sonst einen Wandschmuck bildeten, der messingne Zuckermörser und endlich die großen Wasserkübel, die die Wasserleitung ersetzten.

In dem Obergeschoß des meist zweistöckigen Hauses waren dann die Schlafräume. Einen besonderen Raum bildete noch das „Schwarzzeugkammerchen“. Das war ein Raum, in dem die schmutzige Wäsche aufbewahrt wurde, zum Teil lustig auf Stangen gehängt, bis sie in der vierteljährlich stattfindenden großen Wäsche gewaschen wurde. Der Bodenraum = der Speicher, enthielt Platz für die Aufbewahrung von Obst. Der Keller hatte seinen Eingang von der Straße her. Das war praktisch, denn die Kartoffeln konnten im Herbst gleich von der Straße her abgeladen werden. Die Fenster des unteren Stockwerks waren mit Holzläden versehen und gaben, aufgeklappt, dem Hause ein freundliches Aussehen.

Das Bauernhaus zeigt jetzt meist folgende Bauart: Unter einem langen Satteldache sind Wohnhaus und Bauernwirtschaftsgebäude meist vereinigt, dergestalt, daß das Wohnhaus die eine Hälfte des Hauses (links oder rechts) bildet. Das Haus steht mit seiner Längsfront an der Straße. In der andern Hälfte des Hauses befindet sich die Scheune, die ein großes Eingangstor, meist mit gewölbtem Torbogen, aufweist. Daneben sind dann die Stallungen untergebracht. Die größeren Hofanlagen sind vielfach im Biered gebaut, haben also fränkischen Charakter wie z. B. die Bauernhöfe in Hessen. Daneben findet man auch Hofanlagen, die je nach Bedürfnis oder nach dem verfügbaren Raume gebaut sind. Von Baustilen findet man vielfach barocke Formen vertreten. Denn der Buntsandstein des Saargebiets gab das Material zu bescheidenen Bildhauerarbeiten. Die Stilkennzeichen beschränken sich meist auf Tür- und Fensterstürze. In der neueren Zeit werden gotische und renaissanceartige Formen neben modernen verwandt.

Das Bergmannshaus zeigt für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts einen bestimmten Typus. Es ist wie das Bauernhaus aus Steinmaterial gebaut, aber lediglich als Wohnhaus und dementsprechend kleiner. Es zeigt als Charakteristikum eine Treppe, die, mit der Seitenfläche an das Haus angelehnt, zur in der Mitte des Hauses angebrachten Türe hinaufführt, an der äußeren Seite mit einem eisernen Geländer versehen. Die Häuschen sind mit bunter Farbe, meist Grün oder Blau, getüncht. Die Fensterrahmen werden durch eine besondere Farbe hervorgehoben. Die Fenster sind mit Blumentöpfen geschmückt. In dem anschließenden kleinen Hof sind Stallungen für Kleinvieh untergebracht.

Das Arbeiterhaus ist dem Bergmannshause ähnlich. An den neueren Häusern wird aber die Treppe vor dem Hause nicht mehr angebracht. Die Architekturformen sind ähnlich wie an den neueren Bauernhäusern. Ueber die Häuser in den Arbeiteriedlungen möchte ich mich hier nicht verbreiten. Hoffentlich ist ein Fachmann so freundlich, mich durch entsprechende Mitteilungen zu unterstützen, wie mir auch für das Bauern- und Bergmannshaus, auch das Innere derselben, Mitteilungen von Wert wären.

Die Saarbrücker Mundart.

Von Seminarlehrer F. Schönn in Anklam (Pommern).

I.

Die Saarbrücker Mundart wird nicht allein in den Orten gesprochen, aus denen sich die jetzige Großstadt Saarbrücken zusammensetzt, Alt-Saarbrücken mit seinem Vororte St. Arnual, St. Johann (mit Jägerfreude), Malstatt und Burbach, sondern auch im Gebiete der ehemaligen Grafschaft Nassau-Saarbrücken, kurz dem Saarbrücker Land. Der nordwestliche Teil dieses Gebietes gehört sprachlich dem Moselfränkischen, der übrige Teil dem Rheinfränkischen an. Letzterem Mundartgebiete ist auch das Pfälzische zuzurechnen und weiterhin das Hessische bis nach Kassel hin. Das Moselfränkische und Rheinfränkische sind Teile der deutschen Mundart des Fränkischen, das mit dem Sächsischen, Thüringischen, Schlesischen, Bayerischen, Alemannischen zu den alten deutschen Mundarten gehört. Somit ist ohne weiteres klar, daß das Saarbrücker Land mit seiner Sprache Deutschland zugehört. Einen besonderen Beweis dafür anzutreten, wäre Unfönn. Die Sprache des Saarbrücker Landes ist und bleibt deutsch. Deutsch ist der Wortschatz der Saarbrücker Mundart, deutsch sind die grammatischen Formen derselben, und deutsch ist der Geist, der aus der ganzen Mundart, namentlich ihren Redensarten, spricht.

Die Saarbrücker Mundart als rheinfränkische Teilmundart charakterisiert sich in ihrem Vokal- und Konsonantenstand als mitteldeutsche, genau als westmitteldeutsche. Im Saarbrücker Land sagt man Pär d = Pferd, Poschte = Psoften, Parre = Pfarrer, das anlautende p bleibt also unverschoben. Ähnlich sagt man Kopp = Kopf, Knopp = Knopf usw. Während diese Eigentümlichkeit dem ganzen Saarbrücker Land eignet, sagt man in dem moselfränkischen Streifen des Saarbrücker Landes auch noch dat = das, wat = was usw. In dem größten Teil des Saarbrücker Landes aber sagt man das, was usw. Weitere auffallende

Konsonantenerscheinungen sind die Erweichung des s zu sch, z. B. du bist = du bist, Jescht = Jecht, raschte = rasten usw. Der Konsonant b wird sehr oft zu w verschoben, z. B. gewwe = geben, hawe = haben usw. Im Vokalstand fällt am meisten die sogenannte Entrundung des ö zu ee auf, z. B. scheen = schön usw. Aber auch die andern Vokale erfahren Veränderungen in ihrem Werte: ü wird sehr oft wie langes i gesprochen, wüutig = wütig, güutig = gütig usw. Der Diphthong ei wird oft wie ä gesprochen, z. B. Stän = Stein, Bän = Bein. Der östliche Teil des S.-L., die Ortschaften saaraufwärts, haben noch die mittel- bzw. althochdeutschen Vokale bewahrt. Man sagt in Gdingen, Büdingen usw. Hus = Haus, Lüt = Leute, Schier = Scheuer, min = mein usw. Die ältere Mundart der Stadt Saarbrücken hatte diese Eigentümlichkeit auch noch. Ein alter Spruch aus St. Arnual, dem Vororte von Alt-Saarbrücken, der an dem großen vierteljährlichen Waschtage angewandt wurde und durch den man lästigen Besuch vertrieb, lautete:

„Gehschde nus us unserm Hus!

Mr kenne dich nit bruche,

Mr gehn buche!“

D. h. „Gehst du hinaus aus unserm Haus, wir können dich nicht gebrauchen, wir wollen hauchen.“ Unter hauchen ist die alte Waschtätigkeit mit Holzkohle zu verstehen. An dieser Stelle sei auch ein Verslein erwähnt, das aus Spichern in Lothringen stammt und die Verwandtschaft der lothringischen Mundart mit der Saarbr. Mundart, aber auch gleichzeitig ihr Deutschtum erweisen mag:

„D du min Spichrer Appel,
Min lorjebaam'ner Struß,
Du huchst in minem Herze
Un gehsch nimmeh erus.“

Das heißt: „D du mein Spichrer Apfel, mein lorbeerbaumner Strauß, du huchst in meinem Herzen und gehst nicht mehr heraus“.

Der größte Teil des Saarbr. Landes spricht die hochdeutschen Vokale, wenn auch mit kleinen Wertveränderungen. Zu erwähnen ist noch in den ländlichen Ortschaften der Wechsel von i und e. Man sagt z. B. met = mit. Von älterem Vokalstand ist noch zu nennen das u in Sunn = Sonne. Auch die Aussprache Buach = Buch, Ruache = Ruche, die dem Stadtsaarbrücker eignet, ist eine sehr altertümliche. Von konsonantischen Eigentümlichkeiten ist auch die Aussprache der r wie ch in „ach“ zu erwähnen, „Saachbrügge“, eine Eigentümlichkeit, die an das Alemannische erinnert.

Verhält sich die Saarbrücker Mundart auf dem Gebiete des Vokal- und Konsonantenstandes noch ziemlich konservativ, so zeigt sie sich in den Biegungsformen der Deklination und Konjugation sehr fortschrittlich. Bei der Deklination fallen sämtliche Endungen weg. Nur noch der Unterschied von Einzahl und Mehrzahl wird kenntlich gemacht. Man sagt:

Einzahl.	Mehrzahl.
de Baam	die Bääm
(vun dem Baam)	(vun de Bääm)
dem Baam	de Bääm
de Baam	die Bääm.

Die verschiedenen Fälle werden also nur durch die verschiedene Form des Artikels angezeigt. Der 2. Fall ist gänzlich verschwunden. Er wird durch das Verhältniswort „von“ ersetzt.

In der Konjugation ist charakteristisch die Gleichheit der Mehrzahlformen des Präsens (der Gegenwart), der Schwund des Imperfekts und sein Ersatz durch das Perfekt. Statt ich würde sagt der Saarländer ich däd = ich täte. Das Passiv, die Leideform, wird oft durch er gebt ersetzt, z. B. er gebt rasiert = er wird rasiert. Der Unterschied zwischen starker und schwacher Konjugation ist nur noch am Partizip zu erkennen.

Präsens.	Imperfekt.	Perfekt.	Plusquamperfekt.
ich gew	—	ich han geb	ich han geb gehat
du gebst	—	du hascht geb	du hascht geb gehat
er gebt	—	er hat geb	er hat geb gehat
mir gewe	—	mir han geb	mir han geb gehat
ihr gewe	—	ihr han geb	ihr han geb gehat
sie gewe	—	sie han geb	sie han geb gehat

Futurum.
ich werre gewe
du werrest gewe
er werd gewe
mr werre gewe
ihr werre gewe
sie werre gewe.

Der Konjunktiv des Präsens fehlt. Der Konjunktiv des Imperfekts lautet „ich gäh, du gähst usw.“, wird aber meist durch ich däd gew usw. ersetzt.

Zu bemerken ist in diesem Beispiel auch schon, daß das Hilfszeitwort haben (ebenso wie sein und werden) in der Mehrzahl dieselbe Form zeigt.

So viel über das Grammatische der Saarbrücker Mundart. Der nächste Abschnitt mag uns etwas vom Wortschatze derselben erzählen. (Fortsetzung folgt.)

Deutsche Treue in Saarländer Briefen.

Ein interessanter Brief geht uns von einem Bergmann aus dem Saargebiet zu, in welchem es u. a. heißt: ... Der Streik der Beamten und Arbeiter in den Staatsbetrieben des Saargebiets hat mit großer Deutlichkeit gezeigt, daß das Hauptziel der fränkischen Gewaltherren darauf hinzielt, das deutsche Saarpolk unter sich uneinig zu machen, um dann aus dem Bruderkrieg der einzelnen Berufsgruppen Vorteile zu ziehen. — Einen klaren Beweis hierfür bieten die geradezu widerlichen Schmeicheleien, mit welchen die Franzosen die Arbeiterschaft gelegentlich des Beamtenstreikes umwidelten und für ihre Zwecke zu gewinnen suchten. Die jeder Moral hohnsprechende Kampfesweise der Franzosen, die mit allen Mitteln die elementarsten Bürger- und Menschenrechte mit Füßen traten, um den Streik niederzuknüllen, hat auch dem Harmlosesten gezeigt, wohin die Reise geht, und daß nur geschlossene Einigkeit das Saarpolk vor der völligen Versklavung retten kann.

Daß diese Erkenntnis bereits allerwärts durchgedrungen ist, dafür lieferte der Tag des Proteststreikes der gesamten Saararbeiter- und Beamenschaft am 13. August den deutlichsten Beweis. Nicht nur daß an diesem Tage die großen Industriebetriebe ruhten, nein, auch die gesamte Kaufmannschaft erklärte sich solidarisch, so daß überall bis zum kleinsten Kellergeschäft und bis zur unbedeutendsten Destille die Betriebe feierten.

Die Darstellungen einer sog. großen Berliner Zeitung über die Verhältnisse im Saargebiet sind von Anfang bis Ende erdichtet, und geben wegen der französischenfreundlichen Färbung zu allerlei Vermutungen Anlaß.

Die Saarbevölkerung wird sich aber in ihrer Treue zum alten deutschen Vaterlande nicht beirren lassen und trotz Ausweisungen, Kerker und Zwangsarbeit in dieser Treue verharren, vertrauensvoll auf den Endsieg des Rechtes! „Saarland deutsch, — jetzt und immerdar! — — — — —“

In dem Briefe eines Beamten heißt es: — — — Ich bin zwar kein autorisierter Wortführer in dieser Bewegung, aber da ich nicht weiß, ob die berufenen Stellen überhaupt die Möglichkeit einer Verbindung mit Rechtsrhein haben, so fühle ich mich als bescheidener Ersatzmann aus vaterländischen Gründen verpflichtet, diese Lücke auszufüllen. Zunächst sei vorausgeschickt, daß dieser „Streik“ der Beamten gar kein eigentlicher Streik (d. h. ein Vertragsbruch) ist, sondern einfach die durchaus zulässige Ablehnung der Beamten des Eintritts in die Saar-Regierung. Dieser Eintritt war jedem Beamten freigestellt. Ueber die Bedingungen ist seit der Thronbesteigung im März d. J. von unsern Beamtenvertretern mit der Regierungskommission verhandelt worden. Wir waren also bis zur Erledigung dieser Verhandlungen und der ausdrücklichen Erklärung dieses Uebertritts überhaupt nicht im Dienst der Saarregierung. Dies ist der Kernpunkt der ganzen Angelegenheit. Wenn jetzt in Saarbrücken Beamte mit Bajonett und Kriegsgericht zur Arbeit gezwungen werden, so fehlt dafür jeder rechtliche Anspruch, und diese Maßnahme ist eine brutale Verwaltigung und eine echte Sklaverei in des Wortes engster Bedeutung. Hiergegen muß in allerentschiedenster Form Front gemacht werden. — — — Wenn hier nicht sofort zugegriffen wird, dann ist das Saargebiet unrettbar verloren, das weiß in Saarbrücken nachgerade jeder Säugling! — — — Wir Beamten, die wir einen Einblick in die französischen Machenschaften des Saargebietes gewonnen haben, wissen, daß der ganze Verwaltungsapparat bis zum letzten Dezernenten — und noch tiefer bis in die Reihen der mittleren Beamten — verweltet werden soll, und mit einem verwelteten Beamtenkörper ist auch das ganze zu verwaltende Gebiet verweltet. Und die Abstimmung?! An die glaubt nicht mal mehr der verschröbenste Idiot und Pazifist! — — — Französisches Zollsystem, französische Gendarmerie und französische „Garnisonstruppen“ haben wir ja jetzt schon. Daß uns der famose „Völkerbund“ irgendwie helfen könnte, ist ausgeschlossen. Was ein Saarland dem Völkerbund ist, wissen wir nur zu genau: „Es ist Frankreich in Reinkultur!“ Wir mußten die Arbeit niederlegen, denn die Bedingungen, die die Regierungskommission uns in dem sogenannten Entwurf der Beamtenstatuten vorzulegen wagte, waren geradezu schamlos. Jede Zeile enthielt einen Fußtritt gegen die Beamten. Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren waren für sogenannte Dienstvergehen vorgesehen. Und was Dienstvergehen sein sollte, bestimmte der französische Vor-

gesetzte. — — — Wäre es Ihnen nicht möglich, eine großzügige Aufklärungsarbeit zu leisten? (Geschlecht ständig. D. Schriftl.) Denn wie man hier im unbefestigten Gebiet sieht, ist die Unkenntnis und auch die Interessenlosigkeit mit den Vorgängen im Saargebiet riesengroß. Eht deutsch!! Man stelle sich den Fall umgekehrt in Frankreich vor! Dort hätte jedes kleine Blättchen jeden Tag einen fettgedruckten Leitartikel über die Leiden des Märtyrervolkes an der Saar — man denke an Belgien! — gebracht! — — — Das Spieglewesen in Saarbrücken ist maßlos. — — —

... Die Verhältnisse sind entwürdigend im Saargebiet für uns Deutsche. Wie auf wilde Tiere wird auf die in die Wälder und das Land geflüchteten Beamten, von berittenen, radfahrenden und Patrouillen zu Fuß Jagd gemacht, und die eingefangenen Leute werden in die Gefängnisse geschleppt, um kriegsgerichtlich abgeurteilt zu werden. Im Militärgefängnis Saarlouis saß schon mehrere Tage ein Telephonfräulein, die dem Dienst ferngeblieben war. Sie kommt vor das Kriegsgericht. Geschändet, entrechtet, dem Völkerbund zum Hohn arbeiten die Franzosen in mittelalterlicher Weise, um die vollkommen fehlenden Sympathien der Saarbewohner durch Terror zu erzwingen. — — —

In einem anderen Briefe heißt es: „Sie werden beim Lesen des Ihnen übersandten Schriftstückes fühlen, was ich mit meiner Arbeit geben und sagen wollte, auch, warum sie jetzt entstand. Liebe, heiße Liebe zur Heimat und blutende Wunden um ihr Los leiteten mir Herz und Hand bei ihrer Gestaltung. Historische Treue bis in den kleinsten Zug ist ihr Hintergrund. In der leitenden Person meines Stückes, seinem Herzen und seinem Tun mag sich jeder von uns selber erschauen und fühlen. Herrgott, könnte man sein Ich nur so in die Tat umsetzen wie er. Nun, Sie tun es ja und für Sie gilt ja auch, was ich schrieb:

„Emigrant, ein Name für heimatlos Geächtete?
Nein, ein Ehrenname dem, den heilige Treue
An Recht und Fürsten aus der Heimat trieb!“

— — — Der in Nr. 12 erschienene offene Brief an den Präsidenten Kaul ist mir aus der Seele geschrieben, so und nicht anders kann ein deutscher Mann schreiben, der „angegangen wird“, um sein „Recht“ auf die „Heimat“ zu „bitten“, ein Recht, das durch geschriebenes und ungeschriebenes Recht anerkannt ist, und das trotzdem nicht geachtet wird. Wie schwer mag es Ihnen und den im Saarland „Heimatberechtigten“ geworden sein, als sie in Nacht und Nebel die schöne Heimat verlassen mußten, alles im Stich lassen mußten, einer ungewissen Zukunft entgegen gingen, und in Ihrem Alter neu anfangen sollten. Unsere Heimat, das Saarland, ist schön, und mit ganzer Seele, ganzem Herzen hängen wir daran, ihr Wohl ist unser Wohl, und wenn ihr alle durchaus treu bleiben, dann brauchen wir auch in den schwersten Tagen den Mut nicht sinken zu lassen, daß einmal doch die Morgenröte der Freiheit auch für unser liebes Saarland aufgehen wird. In diesem Sinne bin ich mit treudeutschem Gruß und Handschlag....

Die Einreise in das Saargebiet.

Die Einreisegenehmigung wird erteilt durch die Regierungskommission, Oberste Polizeiverwaltung, nach vorheriger Einholung des Gutachtens des für das Reiseziel zuständigen Bürgermeisteramtes. Die Rücksendung der visierten Pässe erfolgt im allgemeinen über das Abstimmungskommando 4 der neutralen Zone in Bad Homburg v. d. Höhe. Die Einreiseerlaubnis wird gewöhnlich für die Dauer von nicht mehr als einem Monat erteilt. Verlängerungen können persönlich oder auf schriftlichem Wege bei der Obersten Polizeiverwaltung beantragt werden. Die Erteilung der Genehmigung zum dauernden Aufenthalt im Saargebiet wird abhängig gemacht von der Beibringung der Zugangsgenehmigung durch das zuständige Bürgermeisteramt bzw. Mietseinsigungsamt.

Jeder ins Saargebiet einreisende Fremde hat sich innerhalb 48 Stunden beim zuständigen Bürgermeisteramt zu melden. Für die Stadt Saarbrücken hat diese Meldung bei der Obersten Polizeiverwaltung (Neues Landgericht, Zimmer 10) zu erfolgen. Wer diese Meldung versäumt, hat Schwierigkeiten beim Verlassen des Saargebietes zu gewärtigen.

Von den Saarländer-Vereinigungen.

Die Saarländervereinigung in Berlin, welche seit etwa einem Jahre besteht und eine stattliche Mitgliederzahl aufzuweisen hat, hielt am 26. August eine stark besuchte Versammlung ab, welche der Vorsitzende, Herr Direktor Fetz, eröffnete, indem er verschiedene aus dem Saargebiet ausgewiesene anwesende Landsleute herzlich begrüßte und alle willkommen hieß. Einer der Ausgewiesenen hielt dann einen sehr interessanten Vortrag über „Die Knechtung der Saardeutschen durch die Franzosen während des Beamtenstreiks“, dessen wesentlichen Inhalt wir in unserem heutigen Leitartikel wiedergeben. Mehrere Ausgewiesene schilderten die unhaltbaren Zustände im Saargebiet und unterzogen das rücksichtslose Verhalten der Regierungskommission gegen die Bevölkerung einer scharfen aber berechtigten Kritik. Die Darstellung der Ereignisse, die unmittelbar zum Ausbruch des Beamten- und Arbeiterstreiks geführt haben, gab ein anschauliches Bild von dem zähen Ringen der Saarbevölkerung um ihre Selbstbehauptung. Auch die in der französischen Presse ausgiebig breitgetretene „Affäre Ollmert“ wurde besprochen, und es wurde neuerdings festgestellt, daß sich, wie auch bereits von den hierzu berufenen Beamtenorganisationen nachgewiesen, aus den bei Redakteur Ollmert beschlagnahmten Dokumenten keine Anhaltspunkte für die Beschuldigung ergeben, der Streit verdanke seine Entstehung einer deutschauvinistischen Agitation, die von der Reichszentrale für Heimatdienst geschürt worden sei. Die Haltlosigkeit dieser Behauptungen ergebe sich für jeden, der die Dokumente ordentlich nachgeprüft habe. Andererseits stehe aber auch fest, daß eine solche Agitation überhaupt nicht nachweisbar ist und daß der Heimatdienst der Streikbewegung und jeder politischen Tätigkeit im Saargebiet vollkommen fernsteht. Von sämtlichen Rednern wurde gegen die zahlreichen ganz ungerechtfertigten Ausweisungen aus dem Saargebiet, die die Existenz von Hunderten unschuldiger Saardeutschen vernichtet haben, energisch protestiert. Im Anschluß an den Vortrag fand eine Aussprache über die neuesten Vorgänge im Saargebiet statt, an welcher sich verschiedene Redner beteiligten. Gemütliches Zusammensein beschloß bei Vorträgen und Gesang den schönen Abend.

Der Saar-Verein in Düsseldorf hielt eine gut besuchte Versammlung am 3. August ab, welche durch Herrn Huber eröffnet wurde. Nach kurzem Hinweis auf den 6. August hielt Herr Dr. Kill einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Augusttage 1870 und insbesondere über die Schlacht bei Spichern am 6. August. Im Anschluß hieran wies Herr Huber auf die Ähnlichkeit der Augusttage 1870 mit der jetzigen Zeit für Saarbrücken hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Saarländer sich als echte Deutsche erweisen werden. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschliebung an:

„Die im Restaurant „Römer“ versammelten Mitglieder des Saar-Vereins Düsseldorf gedenken in würdiger Weise des für das Saargebiet so bedeutsamen 6. August 1870. Sie versprechen ihrem Heimatland die Treue zu bewahren und die bedrängten Brüder und Schwestern in ihrem Kampfe für das Deutschland mit allen Kräften zu unterstützen.“

Einzelne Mitglieder brachten alsdann Stimmungsberichte aus der Heimat. Ein junger Gast sorgte durch schönes Spiel am Flügel für die musikalische Unterhaltung.

Die Saarländer-Vereinigung in Herne i. W. hielt am Sonntag, 29. August, eine außerordentlich stark besuchte Werberversammlung, die in deutsch-völkischer Hinsicht einen geradezu glänzenden Verlauf nahm, ab. Anlaß dazu gaben die Vorkommnisse im Saargebiet gelegentlich des Beamtenstreiks. Der Vorsitzende, Herr Gewerkschaftssekretär G. Schneider, eröffnete nach einem Vortrage der Herner Orchestervereinigung die Versammlung. Es gelte jetzt, die Aufmerksamkeit aller Deutschen auf die bedrohten Gebiete zu lenken. Man wolle aber mehr: Verständnis und Hilfe wecken. Hilfe, besonders moralischer Art. Den mannhaften Kampf unserer Brüder an der Saar unterstützen mit dem Bekenntnis: alle echten Deutschen stehen hinter Euch, sie teilen Eure Not und Sorge, Ihr seid nicht verlassen im Kampf um Recht und Freiheit. Werben wolle man als Kinder der bedrängten Heimat in allen deutschen Parteien und Ständen; werben um Gönner und Freunde. Die Sache des Saargebietes sei keine Sache einer politischen Partei, könne nicht Sache der Arbeiterchaft allein, oder nur der Besitzenden sein, es sei eine deutsche Sache, an der alle gleich beteiligt seien. Nachdem dann der Männerchor „Sangeslust“ in wirklich schöner Lautreinheit zwei Lieder vortragen hatte, ergriff Herr Landtagsabgeordneter Karl Ollmert das Wort zur Festansprache und zu einem längeren Vortrag, in welchem er eine eingehende Schilderung der Verhältnisse im Saargebiet gab. Die wahrhaft deutschen Worte wurden durch stürmischen Beifall belohnt. Besonders rühmend erwähnt sei die Mitwirkung des Gesangsvereins „Sangeslust“, der Hervorragendes leistete.

Akademische Saargruppe Bonn. Mit dem Sommersemester 1920 trat die Gruppe als Verein an der Universität Bonn ins Leben. Im Herbst 1919 vorbereitet mit zwei Werberversammlungen trat sie als lose Vereinigung zusammen, entwarf ihr Programm und die Satzungen. Das S. S. 20 wurde mit 30 Mitgliedern eröffnet. Drei Versammlungen mit zwei Vorträgen „Das Saarvolk in Lebensarten und Sprichwörtern“ und „Das Saarland als Wirtschaftsgebiet“ fanden statt. Ein Ausflug mit Damen nach „Thomashof“, Königswinter, schloß die Veranstaltungen für das S. S. 20. Bisher bestehen zwei Arbeitsgemeinschaften, eine für Volkstunde, eine für Presse. Im Winter werden dazu Unterabteilungen ausgebaut. Der „Saar-Freund“ liegt in der Studentenbücherei und in der Buchhandlung Colve aus. Ein fester Boden ist geschaffen. In Köln wird im W. S. eine Ortsgruppe gegründet. Der Rektor hat den Anschlag genehmigt.

Die Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz in Stuttgart hatte am 7. d. M. eine größere Anzahl der in Stuttgart wohnhaften Saarländer eingeladen, um die 50 jährige Wiederkehr der Schlacht bei Spichern vom 6. 8. 1870 zu feiern und mit Wehmut ihrer geknechteten und entrechteten Heimat zu gedenken. Aus der Ansprache des Leiters der Versammlung ist besonders hervorzuheben, daß die Bestrebungen der Franzosen darauf hinausgehen, das Saargebiet wirtschaftlich sofort und politisch nach 15 Jahren vom Mutterlande loszulösen und das kohlen- und eisenreiche Saarland dem deutschen Gedanken zu entfremden. Hiergegen muß rechtsrheinisch kräftig gearbeitet werden. Wir müssen den Saarländern einen Halt geben, indem wir für deutsche Art und Sitten, für die Pflege der deutschen Kultur im Saargebiet eintreten. Trotz der Trennung sind und bleiben die Saarländer deutsch. Alle Deutschen müssen mit ihnen ein Herz und eine Seele sein. Scharfe Worte fand der Sprecher gegen die schwarze Schmach im Saargebiet. Folgende Entschliebung wurde gefaßt:

„Die in Stuttgart wohnhaften Saarländer, die Mitglieder der Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz sind, gedenken bei der 50. Wiederkehr des Saarbrücker Ehrentages der Schlacht bei Spichern am 6. August unserer Brüder im Saarland mit besonderer Wehmut, aber auch mit erneutem Treugelöbniß. Das Blut, das auf den Höhen von Spichern geflossen ist, verbinde damals die Franzosen an dem geplanten Raub des Saargebietes. Heute, nach 50 Jahren, lastet zu unserem Schmerze die Hand des Erbfeindes, nachdem unsere Soldaten durch eine zehnfache Uebermacht und durch den Hunger besiegt worden sind, schwer auf unserer geliebten Saarheimat und unseren Brüdern dort, denen der übermächtige Franzose jede nur denkbare Schmach antut. Doch das Blut vom 6. August 1870 soll nicht umsonst für das Saarland vergossen sein! Frei und deutsch soll das Land an der Saar wieder werden, das sind wir den Helden vom 6. August 1870 schuldig, das sind wir unseren Vätern schuldig, die schon vor 100 Jahren für ihre Zugehörigkeit zu Deutschland kämpften, das sind wir unseren Brüdern an der Saar schuldig. Wir erneuern den Schwur unserer Väter, daß wir alles tun, nichts unterlassen wollen, was dazu dienen kann, das deutsche Saarland zurückzuführen zum Reiche, unsere deutschen Brüder zu befreien von schmachvoller Fremdherrschaft.“

Saarländer-Vereinigung Buer. Am 6. August, dem 50 jährigen Jahrestage der Schlacht bei Spichern, hat sich in Buer eine Saarländer-Vereinigung gebildet. Der Aufforderung war so zahlreich Folge geleistet worden, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Marktscheider Jochem begrüßte die Erschienenen. In bewegten Worten gedachte er der Vergewaltigung der Saardeutschen. Der Wunsch, eine Saarländer-Vereinigung zu gründen, sei schon vor mehreren Monaten wach geworden. Pflicht eines jeden Saarländers sei es, mit daran zu arbeiten, daß dieses urdeutsche Land dem Vaterlande erhalten bleibe. Herr Aufseher David gab sodann einen kurzen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der Saarländer-Vereinigungen. Steiger Mangel wies auf den Rechtsbruch durch die Beschlagnahme des Saargebietes hin. Das Saarland sei urdeutsch und müsse es auch bleiben. Die Gründung einer Ortsgruppe sei notwendig und es sei Pflicht eines jeden Saarländers ihr beizutreten. Nach der Vorstandswahl nahm die neugegründete Ortsgruppe folgende Entschliebung an:

„Die am 6. August (dem Jahrestag der Schlacht bei Spichern) in Buer i. Westf. sehr zahlreich versammelten Saarländer rufen ihren Schwestern und Brüdern an der Saar treudeutsche Grüße zu. Sie protestieren entschieden gegen die drohende Gefahr, die tiefe Schmach, die in den Folgeerscheinungen des Verwelschungsversuches eines urdeutschen Volkes liegen und werden ihre ganze Kraft einsetzen, der rechtswidrigen und brutalen Politik der Franzosen zu begegnen. Euch aber, euch echten deutschen Landsleute an der Saar, rufen wir zu: Haltet aus auf dem schweren Posten, stemmt euch gegen alle Gelüste eurer Unterdrücker und bewahrt euch und euren Kindern die schöne Heimat, das deutsche Land an der Saar!“

Gründung der Saarländer-Vereinigung in Hamburg. Am 26. 8. fand in Hamburg die Gründung einer Saarländer-Vereinigung statt, der bisher etwa 20 Damen und Herren angehören. Die Geschäfte werden bis zur Vorstandswahl durch einen fünfköpfigen Ausschuß geführt. Für den Monat September ist eine öffentliche Versammlung geplant.

Eingesandt.

Der Wahlgimpelfang.

Anlässlich der heizumstrittenen Kreistagswahlen in Saarlouis tat sich dort eine Partei unter dem Namen „Bürger- und Bauernpartei“ auf. Was unter diesem harmlosen Titel segelte, enthüllen nachfolgende Mitteilungen aus Saarlouis, die ich Ihnen infolge der Verkehrssperre etwas spät zugehen lassen kann, die aber wegen ihres Allgemeininteresses Ihre Leser interessieren dürften, besonders da sie die charakteristischen Methoden der französischen Propaganda auf dem flachen Lande — man kann's auch einen groben Bauernfang nennen — sehr treffend veranschaulicht.

Das Programm der Partei wirkte auf politisch Ungelehrte faszinierend, berausend, und war anscheinend besonders auf die Bauern zugeschnitten. Diesen warfen die Gründer der Partei den Köder der Aufhebung der Zwangswirtschaft vor, um möglichst viele Stimmen zu ergattern. Es läßt sich natürlich vom grünen Tisch her sehr gut in einem Parteiprogramm die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft proklamieren. Eine wesentlich andere Frage ist aber die, ob sich die Aufhebung praktisch sofort durchführen läßt. Das Programm dieser Partei hat aber auch seinen Pferdefuß, der in dem Ineinanderfließen und gegenseitigen Verstehen der beiden Kulturformen, der deutschen und französischen, zum Vorschein kommt.

Die Verfasser dieses Programms haben gesehen, daß das deutsche Saarnolk mit Gewaltmitteln, mit Reitweitschen nicht französisch gestimmt werden kann. Aber auf irgend eine Weise muß doch versucht werden, das Saargebiet, besonders den Kreis Saarlouis, zu französisieren. Deshalb operierten diese „Kulturellen“ mit Zuckerbrot, mit Kulturphrasen! Auf diesem Wege hoffen sie, „die Kreise Saarlouis und Merzig für Frankreich zu gewinnen“, wie sich die Triebfeder dieser neuen Partei öfters geäußert hat. Gegenseitiges Kulturverständnis bedeutet für diese Leute Aufgehen der Saarbevölkerung in französischer Kulturzone, um zuletzt nach 14 Jahren mit dem Stimmgabel in der Hand der französischen „Kulturform“ die Quittung zu geben. Zu dieser Würdigung der französischen Kultur kommen dann noch ungezählte Gelder, die so nach und nach in die Massen hineingeträufelt werden, bald hier, bald da, um sich mit dem Glorienschein sozialer Betätigung zu bekränzen.“

In ihren Wahlflugblättern erreichte die Selbstverherrlichung einen nie geahnten Höhepunkt. Die Kriegsabgaben und Heubeschlagnahmen wurden in der schärfsten Form der Agitationstaktik ausgebeutet. Obwohl man im Kreis nicht vergessen hatte, daß gerade der Pferdehändler an der Durchführung der Kriegsabgaben und Heubeschlagnahmen mitgewirkt hatte. Damals fand er keine Worte zu einem Einspruch. Daß die Verordnungen im Interesse der Landesverteidigung erlassen worden waren, wußte er heute so gut wie damals. Zum Bauernfang, dem geübten Gewerbe, muß auch eine Inkonsequenz Dienste leisten, das darf der Herr nicht annehmen, man habe in Saarlouis seine bezahlte „ehrenamtliche“ Tätigkeit im „Hilfsdienst“ vergessen. Der Ausgang der Wahl hat gezeigt, daß kein noch so schmachtender Köder etwas half. Gott sei Dank, ist man im Reich über die Verhältnisse in Saarlouis unterrichtet, der neue frankophile Skandal kann den Ruf von Stadt und Kreis nicht schädigen. Mag man auch mit noch so giftigen Waffen der Fälschung der Tatsachen kämpfen. Und darin ist man auf gegnerischer Seite nicht engherzig. C. D....

Anfragen und Antworten.

Saarländer in Homburg. Der frühere staatliche preußische Bergbau im Saargebiete umfaßte vor dem Uebergange an die Franzosen 30 Grubenanlagen, von welchen zwei bis drei zu einer Berginspektion zusammengefaßt waren. Die Gesamtzahl der

Achtung!

Wir erinnern an die rechtzeitige Erneuerung der
„Saarfreund“-Bestellung
 bei der Post, damit in der Zustellung keine Verzögerung eintritt.

beschäftigten Arbeiter betrug im Jahre 1913 = 51.547. Die Steinkohlenförderung erreichte im Jahre 1913 den Höchststand mit 13.266.440 Tonnen. Mit dieser Förderung nahm das Saargebiet an der gesamten preußischen Steinkohlenförderung von 181.413.277 Tonnen mit 7,2 v. H., an der deutschen von 191.511.151 Tonnen mit 6,9 v. H. teil. Der Wert der Förderung belief sich 1913 auf rund 150.000.000 M.

M. R. in S. Nach der Schlacht bei Königgrätz im Jahre 1866 versuchte Frankreich als „Kompensation“ für die Eroberungen Preußens in diesem Kriege das Saargebiet an sich zu bringen. In dem Artikel 1 eines Vertragsentwurfes vom 29. Juli 1866, den der französische Gesandte Benedetti mit dem Grafen Bismarck zu besprechen beauftragt war, heißt es: „Das französische Kaiserreich tritt wieder in den Besitz der Gebietsteile, welche heute zu Preußen gehören, im Jahre 1814 in die Begrenzung Frankreichs eingeschlossen worden war.“ Dieser Erpressungsversuch Frankreichs mußte gerade in jener Zeit der deutschen Einigungsbestrebungen zum Scheitern kommen und wurde von Bismarck dazu ausgenutzt, um das durch den Bürgerkrieg getrennte Volk wieder zusammenzuführen. — Auch dies ist ein Beweis für das ständige Begehren des französischen Volkes nach den Bodenschätzen des Saargebiets und nach wirtschaftlichem Gewinn.

Nach Saarbrücken. Es muß und wird anders kommen, wenn die ganze Welt erst weiß, was das Saargebiet und seine Bevölkerung sind und was sie wollen. Sie haben recht, „eher wird Berlin polnisch, als Saarbrücken französisch“. Auch der Friedensvertrag von Versailles findet immer mehr die Prüfung und die Würdigung, wie wir sie alle wünschen. So wurde in der „British Association“ in Cardiff in verschiedenen Abteilungen der Versailler Friedensvertrag vom wissenschaftlichen Standpunkt aus kritisiert. In der Abteilung Geographie führte Prof. Macfarlane aus, daß das deutsch-luxemburgische Gebiet keineswegs zu Frankreich gehöre. Er prophezeit, daß die Regelung in Zukunft neue Kämpfe herbeiführen werde. In der Abteilung Anthropologie sagt Prof. Pearson, der Versailler Frieden sei vom ethnographischen Standpunkt aus ein Unrecht und könne nicht dauerhaft sein. — Und die Zeit wird noch manches bringen.

K. H. in Z. Daß der kleine Fritz, der brave und tapfere Reserveoffizier der 174er, sich während des Beamtenstreiks so eigenartig benommen hat, verwundert uns weiter nicht. Daß er aber aus Angst vor den Franzmännern seinen Urlaub in Tholey unterbrochen hat und zu Fuß nach Saarbrücken geeilt ist, um sich seinen französischen Vorgesetzten zur Verfügung zu stellen, das übertrifft doch alles, was wir erwartet hatten. Es soll aber auch dieser Fall verbucht sein, damit er nicht wie so vieles andere in Vergessenheit gerät.

Pseudo-Herkules.

Ein neunhüptiges Ungeheuer
 Seht' einst in Furcht ganz Griechenland.
 Es töten, war ein Abenteuer,
 Das lang kein Sterblicher bestand.

Denn, war ein Haupt auch abgeschlagen,
 Zwei andre wuchsen nach dafür:
 Erst der herkul'schen Kraft erlagen
 Die Häupter und das Riesentier.

* *

Das Deutschtum hält im Saargebiete
 Der Franzmann für ein solch Reptil:
 Nach allen Häuptern führt er Streiche,
 Doch wachsen zwei, wenn eines fiel.

Du bist kein Herkules, Franzose!
 Nimm diese Wahrheit ja in Kauf.
 Schlecht steht dir die Heroenpose:
 Das Deutschtum frißt dich doch noch auf!

Infolge der Vorgänge im Saargebiet und der Verkehrssperre bitten wir das verspätete Erscheinen der vorliegenden Nummer des „Saarfreund“ gest. entschuldigen zu wollen.